

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.— RM.
mit Zustagen; einzelne Nummern 10 Pf.
:: Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3 ::
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtshauptmannschafts, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Zeitspalte 20 Reichspfennige, Eingeladn und
Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Selig Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 170

Freitag, am 22. Juli 1932

98. Jahrgang

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrates über die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten vom 30. 8. 1917 (RWB. S. 745) und der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 26. 2. 32 (RWB. 1932 S. 31) wird für den Gemeindebezirk Dittersdorf mit sofortiger Wirkung angeordnet:

I.
Die von Maden der Kirschfruchtfliege befallenen Kirsch sind sofort unter Zuhilfenahme von Eimern — nicht von Körben — abzuräumen und in Fässern zu verwahren.

Diese Früchte dürfen nur so verwertet werden, daß die Maden sich nicht weiter entwickeln können, sind also etwa zur Gast- oder Marmeladenbereitung zu verwenden.

II.
Es sind sämtliche Kirsch von den befallenen Bäumen zu entfernen und alle abgefallenen Früchte sofort aufzulesen.

III.
Zuwerdungen werden mit Geldstrafe bis zu 100.— RM. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

IV.
Diese Verordnung tritt am 1. September 1932 außer Kraft.
Dippoldiswalde, am 21. Juli 1932. O. 81 Epo.
Die Amtshauptmannschaft.

Folgende im Grundbuche für Seifersdorf auf den Namen

1. des Kaufmanns Friedrich Emil Nische und des Landwirts Fritz Walter Nische, beide in Seifersdorf, als Eigentümer je zur Hälfte und

2. des Kaufmanns Friedrich Emil Nische in Seifersdorf eingetragen Grundstücke sollen

den 6. September 1932, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden:

1. Blatt 21 nach dem Flurbuche 1 Hektar 63,9 Ar groß und nach dem Verkehrswert einschließlich 5000 RM Wert des Inventars auf 30 200 RM geschätzt. — Die Grundbesitzsumme beträgt 11 400 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ver. v. 18. 3. 1921, GVB. S. 72).

Das Grundstück liegt in der Mitte des Ortes Seifersdorf an der Hauptstraße und besteht aus Wohngebäude mit Futterboden, Keller und Anbau, Scheune mit Anbau, Stall mit Futterboden und drei Anbauten, Wiese und Feld.

2. Blatt 195, nach dem Flurbuche 1 Hektar 73,2 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 2 800 RM geschätzt.
Das Grundstück liegt auf Seifersdorfer Flur und besteht aus Feld, Wiese und Wald.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 10).

Rechte auf Versteigerung aus den Grundbüchern sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung der am 7. Dezember 1931 verlautbarten Versteigerungsvermerke aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprache des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Za 4831.

Amtsgericht: Dippoldiswalde, den 19. Juli 1932.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Vor kurzem hielt die diesige Schumacher-Jungfrau ihr Johannes-Quartal ab, das von Obermeister Florian geleitet wurde. Man nahm zunächst Kenntnis von einer Reihe von Eingängen, darunter einer Mitteilung der Versicherungs-Anstalt Sächsischer Gewerbetreibender über Lebensversicherungen, einer solchen der Gewerbetreibenden über Neuregelung der Lehrlingsentschädigung sowie Lehrlingshöchstzahl und einem Dankschreiben des stellvertretenden Obermeisters Heinrich für Gedanken am 20jährigen Jubiläumstag seiner Firma. Der Obermeister sprach dabei nochmals die Wünsche der Jungfrau aus. Weiter kam zur Kenntnis, eine Zuschrift der Amtshauptmannschaft, in der auf den Zweck der Preisbilder und Verzeichnisse hingewiesen wird. Neu aufgenommen wurden mit begründeten Worten die Kollegen Göhler in Bärenfels und Oskar Hoffmann in Schmiedeberg. Vier Lehrlinge hatten nach vollendeter Lehrzeit ihre Prüfung mit den Jenuren sehr gut und gut bestanden. Anschließend hielt Syndikus Löffler vom Wirtschaftsverband Freital e. V. einen Vortrag. Er sprach in diesem über die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitsbeginn und Arbeitszeit in Werkstatt und Laden, über Beschäftigungssteuer, Arbeitslosenunterstützung, auch über Steuer- und Versicherungsfragen, Versicherungen im allgemeinen und dann auch Preisvereinbarungen. Unklarheitsfragen fanden in dem Vortrag Besprechung. Unklarheiten in dieser und jener Sache wurden in der Debatte vom Vortragenden geklärt und auf alle Fragen von Syndikus Löffler gern Auskunft gegeben. Dem Vortragenden wurde vom Obermeister bestens gedankt. Der mit Syndikus Löffler erscheinende Bezirksvorsteher Schneider berichtete eingehend über Verbandsbeschlüsse; Formulare für Schuhreparatur-Beschäftigten wurden den Anwesenden ausgehändigt. Zum Schluß wurde noch beschlossen, daß unentschuldigtes Fernbleiben bei Kollegen im Alter von mehr als 65 Jahren keiner Strafe mehr unterliegen soll.
Dippoldiswalde. Als Hauptfilm der kommenden Spielzeit im den „Ar-Ni“-Lichtspielen läuft der Licht-Lustfilm „Tangertinnen für Südamerika gesucht“. Er behandelt die Affäre

Scharfer Kurswechsel in Preußen

Zahlreiche hohe Beamte abgesetzt

Strafantrag gegen die bisherigen Berliner Polizeiführer

Berlin, 21. Juli

Das neue preußische Staatsministerium hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers von Papen seine erste Sitzung ab, an der außer den Kommissaren Bracht, Dr. Ernst Ruffelt und Schleusener auch die Staatssekretäre Cammerers und Hölscher teilnahmen, die sich zur Fortführung ihrer Ämter bereit erklärt haben. Staatssekretär Scheidt vom preußischen Wohlfahrtsministerium nahm an der Sitzung nicht teil, da er sich zur Zeit auf einer Dienstreise befindet.

Ueber die Sitzung wird amtlich mitgeteilt:

„Unter Vorsitz des Reichskommissars für das Land Preußen fand eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt. Auf Vorschlag des mit der Stellvertretung des Reichskommissars betrauten Oberbürgermeisters Dr. Bracht wurden verschiedene Personalfragen zur Verabschiedung gebracht.“

Zahlreiche politische Beamte, die der Linken und dem Zentrum angehören, werden durch andere Beamte ersetzt. Dabei soll gleich ein Teil der Verwaltungsreform durchgeführt werden; wo nämlich in einer Stadt sowohl ein Oberpräsident wie ein Regierungspräsident ihren Sitz haben, soll nur noch einer dieser beiden Posten besetzt werden.

Nach der Kabinettsitzung wurde folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des § 3 der Verordnung betreffend die einstweilige Verlegung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 (Gesetzsammlung Seite 33) werden unter Genehmigung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einweisen in den Ruhestand versetzt:

Der Staatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Abegg, der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Badi (der dem Ministerialdirektor Dr. Badi erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betreffend die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen), der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Staubinger, der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger.

Die Oberpräsidenten: Lüdemann-Rieder Schlesien, Dr. Jald-Sachsen, Kurbis-Schleswig-Holstein, Haas-Hessen-Rassau; Die Regierungspräsidenten Dr. Jäger-Frankfurt (Oder), Simons-Biegen, Dr. Jersch-Magdeburg, von Harndt-Merseburg, Dr. Jersch-Büneburg, Dr. Amelungen-Münster i. W.; die Polizeipräsidenten: Tige-Königsberg i. Pr., Dietrich-Kiel, Bantrecht-Rön. Frängel in Elbing, Schödel-

einer Agentin, die vor einigen Monaten mit einer Wirtin nach Südamerika ging und wurde hergestellt unter Mitarbeit und Unterstützung des Deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Der Film ist eine dringende Mahnung für jeden.

Dippoldiswalde. Wir nähern uns dem Reichstagswahltermin und schon sind wieder Schmierkolonnen unterwegs. In vergangener Nacht wurden von Anhängern der SPD am Arbeiter-Turnerheim Wahlpropaganda-Schriften mit roter Farbe angebracht. Durch Wegnahme der Farbe durch die Polizei wurde ein weiteres Verschmieren von Häusern verhindert.

Reinholdshain. Die Standortkapelle Beil wird in einem am nächsten Sonntag im hiesigen Gasthofe von der Ortsgruppe Reinholdshain der NSDAP. veranstalteten Konzert konzertieren. Die Ansprache hält Pfarrer Dr. Engel, Verdau. Dem Konzert folgt Tanz. Wir verweisen auch auf das Inserat.

Hirschsprung. Am Dienstag abend wurde bei Wirtschaftsbefehliger Armin Böttich ein frecher Einbruch verübt. Die Diebe drangen in die verschlossene Scheune ein und holten sich eine Leiter, mit deren Hilfe sie durch ein angelehntes Fenster in die Speisekammer drangen. Sie nahmen 2 Schinken, Butter, 25 Pfund Zucker und einen frischen Kuchen im Backblech mit. Der Verdacht richtet sich gegen fremde Heidelbeerfucher, die die Nacht vorher in der Scheune übernachtet haben.

Lauenstein. Wegen des stark gesunkenen Verkehrs und der ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist die zweite Briefzustellung beim Postamt Lauenstein eingestellt worden. Sobald sich die Verhältnisse bessern, wird die Zustellung wieder eingerichtet.

Johanngeorgenstadt. In Breitenbach ist das ehemalige Zollgebäude aus bisher unbekanntem Gründen völlig niedergerannt. Das Haus hatte voriges Jahr durch Hochwasser so schweren Schaden erlitten, daß es seitdem nicht mehr benutzt wurde.

in Hagen, Hohenstein in Kassel, Osnowitz in Oppeln, Eggerstedt in Altona; die Polizeidirektoren: Polizeipräsident Mai-Wilhelmschaven, Dr. Thiemann-Schneldemühl.

Soweit eine Neubesehung der frei gewordenen Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Parteistandsbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

Rechtsverwahrung der bisherigen Minister

Die von der Führung der laufenden Geschäfte entbunden sechs preußischen Minister beschlossen in einer Besprechung, die sie in der Wohnung des bisherigen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtfelder abhielten, ein Schreiben an den Reichskanzler zu richten, in dem Rechtsverwahrung gegen die getroffenen Maßnahmen eingelegt wird.

Militärbefehlshaber stellt Strafantrag

gegen Grzesinski, Weß und Heimannsberg.

Berlin, 22. Juli.

Militärbefehlshaber Generalleutnant von Rundstedt hat beim Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gegen Grzesinski, Weß und Heimannsberg auf Grund des Paragraphen 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg Strafanzeige erlassen.

General von Rundstedt hatte als Militärbefehlshaber den drei Beschuldigten nach der Amtsenthebung den Befehl gegeben, sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Die Beschuldigten haben aber, und damit wird der Strafantrag begründet, bis zu ihrer Entfernung aus dem Dienst weiter ihre Amtsgeschäfte ausgeübt, obwohl sie die Zuständigkeit des militärischen Bevollmächtigten anerkannt hatten.

von Papen an Braun

Reichskanzler von Papen hat an den Ministerpräsidenten a. D. Otto Braun das folgende Antwortschreiben gerichtet:

„Auf Ihr gestriges Schreiben beehre ich mich, zu erwidern, daß Ihre Entbedung vom Amte des preußischen Ministerpräsidenten auf Grund des Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen (Reichsgesetzblatt Teil 1 Seite 377) er-

Erneute Verhaftung des Polizeikommandeurs Heimannsberg.

Berlin, 22. Juli. In den frühen Morgenstunden wurden der frühere Berliner Polizei-Kommandeur Heimannsberg, der Polizeimajor Enke und der frühere Reichsbannerführer Carlsberg in Haft genommen, da sie im Verdacht der Zuwerdung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den Ausnahmezustand stehen.

Verbot der Arbeiterstimme.

Dresden, 22. Juli. Wie das Polizei-Präsidium mitteilt, sind die beiden letzten Nummern der kommunistischen Tageszeitung „Arbeiterstimme“ wegen Aufforderung zum Hochverrat auf Antrag des Polizeipräsidiums vom Amtsgericht Dresden beschlagnahmt worden. Infolgedessen hat das Polizeipräsidium auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutz der Republik das Verbot des Blattes bis 31. Juli ausgesprochen.

Wetter für morgen:

Zeltweise auffrischende Winde aus westlichen Richtungen. Nur vorübergehend Bewölkungs-Abnahme. Etwas Temperatur-Rückgang.

ragt ist, wie ich mir bereits durch mein Schreiben vom 20. Juli 1932 mitteilen erlaubt habe.

Bei der vorübergehenden militärischen Besetzung des Amtsgebäudes des preussischen Staatsministeriums handelt es sich um eine Maßnahme des Militärbefehlshabers, auf den gemäß Paragraph 2 der Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 die vollziehende Gewalt übertragen worden ist.

Die genannten Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten sind auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 bzw. auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassen worden. Die Gründe für die von Ihnen beanstandeten Maßnahmen habe ich gestern der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Die Geschäftsübergabe in den Ministerien

Der Stellvertreter des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, übernahm Donnerstagnachmittag die Geschäfte im preussischen Staatsministerium. Darauf verhandelte er mit den Staatsministern Dr. Schreiber, Dr. Steiger und mit deren in den einstweiligen Ruhestand versetzten Staatssekretären mit dem Ergebnis, daß die Geschäfte des Ministeriums für Handel und Gewerbe nunmehr an den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs beauftragten Bankkommissar Dr. Ernst und des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an Staatssekretär Ruffehl freitagsübergeben werden. Die in Aussicht genommene Unterredung mit Staatsminister Dr. Hirtfelder konnte nicht stattfinden. Es wird aber angenommen, daß die Geschäftsübergabe des Ministeriums für Volkswohlfahrt Freitagvormittag ohne Schwierigkeiten vor sich gehen wird. Dr. Schreiber und Dr. Steiger haben erklärt, daß sie an der von ihnen mitgeteilten Rechtsauffassung festhalten, daß sie aber die laufenden Geschäfte der von ihnen bisher geleiteten Ministerien nicht mehr führen werden.

„8-Uhr-Abendblatt“ verboten

Berlin, 22. Juli.
Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat das Erscheinen des „8-Uhr-Abendblatt“ für die Zeit vom 22. bis 25. Juli verboten. — Der Grund für das Verbot liegt in einer in dem Blatt gebrachten Karikatur über den Reichstanzler von Papen.

Ländertreffen in Stuttgart

Stuttgart, 22. Juli.
Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichstanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Samstag, den 23. Juli, zu einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Arbeitslosigkeit wächst wieder

Berlin, 22. Juli.
Im Gegensatz zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstützungszahlen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht unerheblich zurückgegangen, eine Entwicklung, die überwiegend auf Aussteuerungen infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1.—15. Juli 1932 ist wie in den Vorjahren eine Steigerung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. Am 15. d. M. waren bei den Arbeitsämtern 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16 000 mehr als Ende Juni. Die Zufahrmöglichkeit der Saisonarbeiter liegt noch

Schlusstag in Genf

Zunächst Ende der Abrüstungskonferenz.

Genf, 22. Juli.
Unter großer Beteiligung des Publikums und der Presse begann der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz mit der Beratung der Entschließung, die für den Abschluß des ersten Tagungsabschnittes vorgelegt worden ist.

Für die Einzelberatung lagen dem Ausschuss bei Beginn der Verhandlungen eine Reihe von Änderungsanträgen der russischen Delegation vor, die darauf abzielten, den Resolutionsentwurf im Sinne einer wirklichen Abrüstung umzugestalten. Volkskommissar Litwinow begründete die russischen Anträge.

Der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow übte scharfe Kritik an der Verhandlungsentwicklung, die er als eine bittere Enttäuschung aller Hoffnungen der Völker auf einen praktischen Erfolg der Konferenz bezeichnet. Die Entschließung rechtfertigt die so vielfach geäußerten Prophezeiungen auf einen erfolglosen Ausgang der Konferenz.

Die Erklärung über die Sicherung des Friedens in der Präambel der Entschließung werde durch den Inhalt der Entschließung aufgehoben. Die Entschließung stehe im schroffen Gegensatz zu dem Konferenzbeschluss einer Herabsetzung der gegenwärtigen Rüstungen auf ein Mindestmaß. Litwinow erklärte zum Schluss, daß seine Regierung die Verhandlungsentwicklung ablehne.

Die deutsche Delegation beteiligte sich an der völlig hoffnungslosen Debatte über die einzelnen Punkte nicht, um schon damit zum Ausdruck zu bringen, was sie von dieser für uns undiskutierbaren Resolution hält. An der Abstimmung über die einzelnen Kapitel wird die deutsche Delegation demgemäß auch nicht teilnehmen.

Botschafter Radoiny gab lediglich eine knappe Geschäftsordnungsmäßige Erklärung ab, daß die deutsche Abordnung an der Durchsetzung der Abstimmung der einzelnen Teile der Entschließung nicht teilnehmen und ihren grundsätzlichen Standpunkt vor Schluss der Aussprache bei der Schlussabstimmung abgeben werde.

Italien weist Mißerfolg fest

Der italienische Luftfahrtminister Balbo gab unter größter Spannung eine ungewöhnlich deutliche Erklärung ab, die die Ablehnung der Verhandlungsentwicklung besonders darstellte. Balbo erklärte, daß er an der Abstimmung über die einzelnen Teile sowie an der Gesamtabstimmung nicht teilnehmen, da die italienische Regierung die bisherigen Ar-

beiten der Konferenz als erfolglos ansehe. Die Entschließung liege weit unter dem, was von der gesamten Welt erwartet worden sei. Es genüge nicht, lediglich eine Erklärung des guten Willens abzugeben und einige Grundzüge festzusetzen, denen keine positive Durchführung der Abrüstung folge. Die italienische Regierung habe uneingeschränkt den Hooverplan angenommen und habe in den ganzen Verhandlungen ihren entschlossenen Willen zu einer wahrhaft radikalen Abrüstung gezeigt. Die italienische Regierung lehne sich lediglich dem Vorschlag der Verlängerung des Rüstungsstillstandes an.

Schriker Mißling

Nach einem heftigen Zusammenstoß mit Litwinow stellte Henderson den Änderungsantrag Litwinows zu der Präambel, nach dem im Gegensatz zur Verhandlungsentwicklung die Annahme des Hooverplans auf eine Herabsetzung aller Rüstungen um ein Drittel vorgeschlagen wärde, in der Form zur Abstimmung, daß lediglich über die Präambel der Verhandlungsentwicklung als solche abgestimmt werden sollte. Ueber die wiederholten, heftigen Proteste Litwinows ging Henderson glatt hinweg. Die Abstimmung verlief in größter Unruhe und Lärm und verlief sich schließlich in vollständigem Wirrwarr.

Nach längerer Zäsurung stellte Henderson fest, daß 30 Stimmen für die Aufrechterhaltung der Präambel, wie sie im Vorschlag vorgelegen ist, und 5 Stimmen gegen, bei 16 Stimmenthaltungen abgegeben worden seien. Die Vertreter Deutschlands, Italiens und zahlreicher kleinerer Mächte enthielten sich der Stimme.

Amtsvoorkteher ermordet

Stralsund, 22. Juli. Im Offseebad Jingsl wurde der Amtsvoorkteher ermordet. Köhler war zu einer kommunistischen Versammlung gegangen, um diese zu überreden. Als er einen Ruheföhrer zur Ruhe ermahnt hatte, verließ er den Saal und ging in das gegenüberliegende Schäfershaus. Der Ruheföhrer folgte ihm und verwehrte ihm einen Messerstoß in den Kopf. Köhler war sofort tot. Der Täter, angeblich ein Kommunist, flüchtete, wurde aber kurz darauf verhaftet. Er weigerte sich, seinen Namen anzugeben. Köhler war als ruhiger und besonnener Mann bekannt, der niemals politisch hervorgetreten ist.

Die Untersuchung der Bluttat in Jingsl

Stralsund, 21. Juli. Wie die Untersuchung der Mordtat an dem Amtsvoorkteher in Jingsl und ein am Donnerstagabend abgehaltener Lokaltermin ergab, handelt es sich bei dem Täter um einen Landstreicher, der keiner Partei angehört und der zufällig in dem Lokal anwesend war, in dem die kommunistische Versammlung stattfand. Der Täter trug in der Kleidung verdeckt ein nationalsozialistisches Abzeichen, hatte aber nach einer Zeugnisaussage am Tage vor der Tat versucht, sich auch noch ein kommunistisches Abzeichen zu beschaffen. Die Tat geschah, nachdem der Amtsvoorkteher den Landstreicher, wegen seines Verhaltens und Umhertreibens verwarnet hatte.

Gerichtssaal

Erhöhte Strafe

Das Baugener Gemeinsame Schöffengericht hatte vor einiger Zeit den früheren Bürgermeister Schwertner aus Rohnau bei Hirschfeld wegen Amtsunterschlagung zu 500 RM Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Schwertner hatte zugegeben, daß er 320 RM vereinnahmte Gemeindegelder für sich verbraucht habe. Seine Dienstzeit war 1930 abgelaufen. In der Folgezeit stellte sich heraus, daß Schwertner mehrere Beträge von etwa 900 RM nicht verbucht hatte. Die unterlassenen Buchungen bezeichnete Schwertner als verhehlende Fehler. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, mit der sich jetzt das Baugener Landgericht zu beschäftigen hatte. Dieses kam zu der Ueberzeugung, daß Schwertner die Gelder unterschlagen und deshalb die Buchungen unterlassen habe. Das erstinstanzliche Urteil wurde aufgehoben und Schwertner unter Zubilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß gegen die Luther-Attentäter

Berlin, 20. Juli

Im Prozeß gegen Dr. Kooßen und Kerstner wegen des am 9. April auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübten Attentats verlas zu Beginn der Mittwoch-Sitzung der Verteidiger R. A. Dr. Klee die Beweisangebote der Verteidigung. Es sollen nach dem Antrag der Verteidigung die Bankdirektoren Reinhard von der Commerz- und Privatbank und Bankier Otto Kuhn von der Bankfirma Markiewicz-Berlin, sowie Regierungsrat Dr. Nölle-Oppeln als sachverständige Zeugen dafür geladen werden, daß vom Standpunkt der Goldwährung aus Dr. Luther ein Dilettant sei und daß die Devisen-Katastrophe im letzten Sommer bei einer anderen Reichsbankpolitik zu vermeiden gewesen wäre. Bei den verschiedensten Gelegenheiten sei vergeblich versucht worden, den Reichsbankpräsidenten auf die ungeheure Gefahr hinzuweisen, die aus der mangelnden Kenntnis dieser Tatsache für Deutschland entspringe. In dem Beweisangebot wird weiter unter Berufung auf die drei sachverständigen Zeugen, aber auch auf sechs internationale Autoritäten, darunter den früheren englischen Reichsschatzsekretär MacKenna und Professor Keynes die Behauptung aufgestellt, daß die Politik der Reichsbank zwei Drittel der deutschen Bevölkerung zum Aussterben verurteile.

Die Beweisangebote der Verteidigung wurden abgelehnt. Das Gericht hat als wahr unterstellt die Behauptung der Angeklagten, daß eine Reihe führender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens die Geld- und Währungslehre der Reichsbank als unrichtig und als Hauptursache für die deutsche Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit ansehe. Im übrigen sind die unter Beweis gestellten Behauptungen unerheblich für die zur Anklage stehende Tat.

Allerlei Neuigkeiten

Explosion in Zürich. In einem Züricher chemischen Laboratorium ereignete sich eine heftige Explosion. Drei Anestellte der Firma wurden schwer verletzt. Ein Postbote, der

im Augenblick der Explosion vorüberfuhr, wurde von seinem Rade geschleudert und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

Donners Ozeanflugzeug gestohlet. Das Flugzeug des polnischen Ozeanfliegers Hausner, das dieser auf hoher See zurückerufen mußte, da es nicht abgeschleppt werden konnte, ist gestohlet worden. Alle Schiffe sind aufgefordert, zu versuchen, den Apparat an Bord zu nehmen.

In den Nordilleren verschollen. Alle Bemühungen, das von Santiago de Chile nach Mendoza gestartete und über den Nordilleren vermisste Flugzeug mit neun Passagieren aufzufinden, sind bisher ohne Ergebnis geblieben.

Von einem Schmuggler erschossen. Der Zollbeamte Siles von der Zollstelle Kowel, der in der Nähe von Straelen tot aufgefunden wurde, ist, wie sich jetzt herausstellt, von dem 60 Jahre alten Berufserschmuggler Franz Stoppers, der mit 15 Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, erschossen worden. Die Kriminalpolizei hat die Verfolgung des Mörders, der flüchtig ist, aufgenommen.

Schweres Unglück in einem Steinbruch. Im Steinbruch der bayrischen Ortschaft Oberaudorf ereignete sich ein schweres Sprengungslück, das ein Todesopfer und zwei Verletzte forderte. Als vier Arbeiter mit dem Sprengen von Gesteinsmassen beschäftigt waren, ging plötzlich ein Schuß vorzeitig los, und mehrere in der Nähe stehende Arbeiter wurden schwer getroffen. Ein 20jähriger Mann war sofort tot, ein Hilfsarbeiter trug so schwere Verletzungen am Kopf und am Brustkorb davon, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein weiterer Arbeiter wurde leicht verletzt.

Brandstiftung und Mordanschlag. Bei einem Kunstmüllenspeicher in Schmalder (Niederbayern) brach ein Brand aus, dem der Stall und die Scheune zum Opfer fielen. Es liegt zweifellos Brandstiftung vor. Nachdem das Feuer angelegt worden war, wurde der Obermüller durch Läuten der Nachglocke geweckt. Als er nachschauen wollte, fielen zwei Schüsse, die ihn niederstreckten. Der Besitzer, der von den Schüssen geweckt wurde, fand den durch einen Lungenschuß schwer verletzten Obermüller in seinem Blute liegend auf. Es wird vermutet, daß der Brandstifter und der Schütze ein und dieselbe Person sind. Der Schwerverwundete wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus eingekerkert.

Zwei Studenten tödlich abgeführt. Die Studenten Jirek und Bauli, die seit Sonntag im Cellon (Gallitz) vermisst wurden, sind tot aufgefunden worden. Ihre Leichen wurden nach Rautzen gebracht.

Kampf gegen die Tuberkulose in Frankreich. Der französische Minister für öffentliches Gesundheitswesen, Justin Godart, plant, einen Meldezwang für Tuberkuloseerkrankungen einzuführen, um so diese Krankheiten wirkungslos bekämpfen zu können. Der Minister soll sich sogar mit der Absicht tragen, jeden Tuberkulosekranken von Staats wegen zur Heilung auf ein Jahr in ein Sanatorium zu schicken, um auf diese Weise die Ansteckungsgefahr für die Familienangehörigen zu vermindern.

Großfeuer in einer französischen Spinnerei. In Monville bei Rouen brach in einer Spinnerei Feuer aus, das sich mit großer Geschwindigkeit auf das ganze Fabrikgebäude ausdehnte. 17 000 Ballen Weinen, die bereits zur Verfrachtung fertig waren, verbrannten. Ueber die Hälfte der Fabrikanlagen ist vollkommen in Asche gelegt worden. Der Sachschaden beläuft sich auf über 5 Millionen Franken.

Granatenerplosion in einer Pulverfabrik. Durch die Explosion einer Granate in der Pulverfabrik von Bouchet (Dep. Seine-et-Oise) wurden zwei Arbeiter getödet und ein Hauptmann schwer verletzt.

Jordauer des Unwetters in Italien. Das Unwetter, das in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen Italiens schweren Schaden anrichtete, hält weiter an. So wird aus Genua berichtet, daß der wolkenbruchartige Regen die Felder in weitem Umkreis überschwemmte und Eisenbahnstrecken beschädigte, so daß der Verkehr stellenweise unterbrochen ist. Auf einigen Fahrtrassen wurde der Verkehr durch Erdrutsche unmöglich. Bei Siena schlug der Blitz in ein Landhaus ein, tötete einen Mann und verletzte sechs Personen.

200 Fleischergiftungen. In dem Städtchen Margonin bei Posen sind etwa 200 Personen an schweren Fleischergiftungen erkrankt. Bei vielen besteht Lebensgefahr. Es soll sich um nicht untersuchtes Fleisch handeln, das in einem Laden zum Verkauf gelangte. Ein Sonderauschuss aus Posen hat eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

Gera. Mit Zustimmung des Ministeriums ist der Privatkindergarten, der am 20. Juni wegen der Tuberkuloseerkrankungen geschlossen worden war, wieder geöffnet worden, nachdem die Untersuchung sämtlicher früheren und jetzigen Kinder des Gartens abgeschlossen ist. Wie der Vorstand des Kindergartenmittels, sind auch nach der Ueberzeugung des Ministeriums vom Heimarzt und vom Vorstand alle Vorkehrungen angemessen worden. Auch die für die Zukunft vorgesehenen Maßnahmen haben dem Ministerium vorgelegen.

Zeit. Die Aufräumarbeiten im Linnetgebiet der Umgebung von Zeit sind zum Teil beendet. Im Mühlengrund und in Trebnitz, wo Erwerbslose, zum größten Teil aber Nationalsozialisten, ans Werk gegangen waren, waren bereits am zweiten Tag nach dem Linnet die größten Zerstörungen beseitigt. In der Untermühle beträgt der Gebäudeschaden allein 6000 RM. In Crotzen haben ebenfalls Nationalsozialisten gearbeitet und den Schlamm von den Straßen entfernt. In der Eisenberger Gegend waren Weissenfeller Nationalsozialisten tätig, im Mühlental vorwiegend der Eisenberger Stahlhelm. Auf vielen Feldern richteten sich die Wehren wieder in die Höhe; aber dort, wo schlammiges Wasser die Felder überflutete, ist die Ernte rettungslos verloren.

Nichtöffentliche Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde

In der der öffentlichen folgenden nichtöffentlichen Bezirksausschuss-Sitzung am 20. Juli wurde zunächst den nachstehenden Konzeptionsgesuchen stattgegeben: 1. des Bauhofpächters Arthur Erich Freyer in Kaupisch um Erteilung der Erlaubnis zum Bier- und Branntweinausdank, Beberbergen, Ausspannen, Kruppenlegen und Tanzmusikhalten sowie zur gewerbmäßigen Veranstaltung von Singspielen und dergl. im Grundstücke Dörsch, Nr. 19 in Kaupisch (Uebertragung); 2. des Kurbauspächters Ernst Kießling in Lauenstein um Erteilung der Erlaubnis zum Tanzen zwischen den Stühlen für die Gäste des Kurhauses „Engadin“ daselbst, so-

inem
ug des
See
konnte,
zu ver-
en, das
über
agieren
beamt
Strae-
usstell,
oppers,
en wor-
rörbers,
inbruch
schwe-
berleite
on Ge-
sch vor-
ort tot,
upf und
h nicht
erht.
Kunst-
sch ein-
m das
durch
wollte,
er, det
n Lun-
eie den
der wun-
us ein-
Direk
ermißi
wur-
fran-
Justin
fran-
gswoli
nit der
wegen
hiden,
nisten-
Mon-
s, das
brifge-
s zur
hätte
orden.
anten.
Es Er-
(Dep.
haupt-
r, das
schwe-
s Be-
felder
ben
ist.
Er-
Band-
onen.
onin
hoer-
Es
inem
aus
B r i-
über-
ge-
frü-
Wie
der
vom
den.
aben
l'n
e
e
g n
l n
er-
Ero-
den
Be-
hül-
fel-
ort,
ernte
ses
rks-
nden
thor
Bier-
pen-
stäl-
id in
hing
chen
jo-

wie zur Abhaltung öffentlicher Reunions in diesem Grundstück; 3. des Kaufmanns Karl Ludwig Schmidt in Glaschütte um Erlaubnis-erteilung zum Bier- und Brauereibetrieb im Grundstück Ortsl.-Nr. 85 in Glaschütte („Bräckenmühle“) — Uebertragung; 4. des Gastwirts Erich Klüber in Beerwalde um Erlaubnis zur Ausübung der Realgerechtigkeit zur Gastwirtschaft einschließlich Brauereibetrieb und des Tanzhaltens, sowie der persönlichen Befugnisse zum Kruppenfahren und zur gewerbemäßigen Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und beklimatorischen Vorträgen und dergl. in der „Beerwalder Mühle“ Ortsl.-Nr. 60 daselbst und 5. des Materialwarenhändlers Georg Albert Jungbans in Frauenstein um Erteilung der Erlaubnis zum Verkauf von Spirituosen in verschlossenen Flaschen im Grundstücke Markt 70 daselbst (neu), während das Geschäft des Einkaufsvereins Frauenstein u. U. (Inhaber: Arbeiter Emil Heinrich und Kraftwagenführer-Gebr. Meta Greif in Frauenstein) um Erteilung der Erlaubnis zum Verkauf von Spirituosen in verschlossenen Flaschen in seiner Frauensteiner Geschäftsstelle Markt Nr. 72 mangels Bedürfnisses abgelehnt wurde. Anstelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Fortangeestellten Max Lasse, Schmiedeberg, wurde Paul Schmied, Dippoldiswalde, als Mitglied des Bezirksfürsorgeausschusses und Krügerfürsorgebeirats gewählt. Wegen die Übernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft seitens zweier Bezirksgemeinden für die in einem Scherkerkriegsschadigten Ortsknechtwörter von Arbeits- und Wohlfahrtsministerium für Berufszwecke zu gewährenden Tilgungsarbeiten wurden Beschlüsse nicht gefasst. Die Genehmigung-Erteilung zur Übernahme einer weiteren ähnlichen Bürgschaft vermochte die Zustimmung des Bezirksausschusses indes nicht zu finden. Nach Bewilligung mehrerer Schulgeld- und Erziehungsbeihilfen wurde in zwei Baubearbeitungsangelegenheiten sowie auf eine Anzahl Gesuche um teilweisen Erlass der Schankerlaubbsteuer und auf zwei Verurteilungen gegen die Bürgersteuer-Veranlagung Beschlüsse gefasst. Ferner standen noch einige Bezirksvermögens- und Personalangelegenheiten zur Beratung. Am Schluß der Sitzung wurde Referendar Michel, der Ende Juli seine Tätigkeit bei der hiesigen Amtshauptmannschaft zur Fortsetzung seines juristischen Vorbereitungsdienstes an anderer Stelle aufgibt, vom Vorsitzenden Reg.-Rat Köhler mit anerkennenden Worten verabschiedet.

Vertikales und Sächliches

Dippoldiswalde. Am 27. Mai, abends gegen 8 1/2 Uhr, war in der von dem am 21. 6. 1913 geborenen Fleischergehilfen Frh. Maal bewohnten Kammer des hiesigen Grundstücks Nr. 11 „Alten Pforte“ am Pfortenberge ein Feuer ausgebrochen, das glücklicherweise gelöscht werden konnte, ehe es größeren Umfang annahm. Es waren nur der Holzwerkstoff der Stube und verschiedene Gegenstände zerstört worden. Maal, der sich bis gegen 8 1/2 Uhr in seiner Kammer aufgehalten hatte, hatte sich gestern wegen fahrlässiger Brandstiftung vor dem hiesigen Amtsgericht zu verantworten. Es konnte ihm eine Schuld an dem Brande nicht nachgewiesen werden; er wurde daher mangels Beweises kostenlos freigesprochen. — Der am 7. 9. 1909 geborene und in Dippoldiswalde wohnhafte Maurer Walter Mauerberger hatte sich ebenfalls gestern wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Am 3. April nahm der Beschuldigte an dem in der Reichskrone stattgefundenen öffentlichen Tanzvergnügen teil. In angetrunkenem Zustande belästigte er dauernd andere Gäste und versuchte, mit diesen Schlägereien anzustellen. Der Inhaber der Gaststätte wies ihn aus dem Saal, der Beschuldigte benahm sich aber weiterhin auffällig, weshalb der diensthabende, in Uniform befindliche Polizeihauptwachmeister Weyer, der das Tanzvergnügen kontrollierte, ihn aus dem Saale entfernte. Dabei stemmte sich M. mit den Fäusten fest ein und hielt sich mit den Händen an dem Rahmen der Tür fest. Sein ruhendes, auffälliges Benehmen setzte er fort. Auch auf dem Wege zur Polizeiwache bemühte er sich mit den Fäusten fest ein, schlug mit der linken Hand nach Weyer und versuchte, sich dem Polizeigriff zu entwinden. Nach einer Stunde, gegen 1 Uhr morgens, wurde der Beschuldigte auf seine Verankerung hin, sich nach Hause zu begeben, nach seiner Wohnung entlassen. Der diensthabende Polizeihauptwachmeister Genaud begleitete ihn, um zu übermachen, daß er tatsächlich seine Wohnung aufsuche. Der Beschuldigte begab sich jedoch wieder nach der Reichskrone. Da Genaud fürchtete, daß der Beschuldigte sich wieder ruhend, aufständiges Benehmen würde, stellte er ihn am Wischardplatz und forderte ihn auf, wieder mit zur Wache zu kommen. Dies lehnte M. ab. Am Kirchplatz kam es zwischen ihm und Genaud zum Handgemenge, wobei er mit der Faust nach G. schlug, so daß dieser schließlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen mußte. Ruchwehr versuchte er Genaud den Gummiknüppel zu entreißen. Als von der Wache Hilfe herbeigeholt worden war, konnte der Beschuldigte dorthin gebracht werden. In der Hauptverhandlung wurde der Beschuldigte wegen Vergehens nach § 113 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs in 2 Fällen zu einer Geldstrafe von zusammen 28 M., hilfsweise 2 Wochen Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. — Wegen Anklage unter den Voraussetzungen des straffschärfenden Rückfalls im Herbst 1930 dem Ingenieur Alexander Gärtner in Hohenort aus dessen Wohnung eine Fahrrad-Dynamomaschine und in der Zeit von Juli bis Anfang November 1931 eine gebrauchte Magnetspule und eine elektrische Schultuhr entwendet zu haben, hatte sich der am 30. 8. 1904 geborene und in Hohenort wohnhafte Schneider Wolf Tensch gestern zu verantworten. Der Beschuldigte will die bei ihm vorgefundene Schultuhr von dem Schuhmachermeister Oskar Köhler in Reichstädt gekauft erhalten haben. Dieser konnte nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das bei Tensch vorgefundene Schultuhrwerk das wäre, was er diesem im Juli oder August 1931 gekauft habe. Köhler wurde zur Last gelegt, seine Angabe, er habe dem Tensch die erwähnte Uhr gekauft, sei unwahr. Er habe vielmehr die Uhrstahl gehabt, den Tensch der Verurteilung zu entziehen. Wegen dieser Tat erhielt Köhler einen Strafbefehl über 10 M., gegen den er Einspruch einlegte. In der am Donnerstag, dem 21. Juli 1932, vor dem Schöffengericht Dippoldiswalde stattgefundenen Hauptverhandlung konnte den beiden Beschuldigten eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden, beide wurden deshalb mangels Beweises kostenlos freigesprochen.

Die Staatsstraße Annaberg-Schneeberg kreuzt die Reichsbahnlinie Schneeberg-Reichstädt-Niederflehmen am Haltepunkt Schneeberg in Schienenshöhe. Die Kreuzung ist unbeschränkt und ungewacht. Der Verkehr insbesondere der Kraftwagenverkehr auf dieser Straße hat sich in den letzten Jahren derart gesteigert, daß zur besseren Warnung des Straßenverkehrs vor dem Zugverkehr ein wirksames Zeichen an den vorhandenen Warnkreuzen notwendig erschien. Hierzu ist eine selbsttätige Warnlichtanlage (Winklichtanlage) in Verbindung mit den Warnkreuzen gebracht worden. Solche Warnlichtanlagen an Wegübergängen über Eisenbahnen sind zur Zeit in Deutschland noch selten, während sie im Auslande (Schweiz, Schweden) bereits häufig angewendet werden. Das neue Signal hat in weiten Kreisen Zustimmung gefunden. Die Anlage besteht zu beiden Seiten der Bahn aus Winklichtsignalen, die am Ständer der Warnkreuze unter den Warnkreuzen befestigt sind. Als Betriebszeichen erscheint den Wegebekündern in den Jagtpausen ein weißes langsam blinkendes Winklicht und bei Jagtfahrten ein rotes schnell blinkendes Licht. Das weiße Winklicht gibt einen Anhalt dafür, daß der Übergang frei ist. Das rote Winklicht zeigt an, daß sich dem Übergang ein Zug nähert. Die Winklichtanlage ist die erste, die in Sachsen aufgestellt worden ist. Das neue Warnungszeichen wird sich so den Wegebekündern aufdrängen, daß es jedem Kraftfahrzeugführer möglich sein wird, rechtzeitig zu halten, wenn rotes Winklicht zu sehen ist. Gleiche Signale werden voraussichtlich bald an weiteren Kreuzungen aufgestellt werden. Wollen wir hoffen, daß auch recht bald solche Signale an der Staatsstraßenkreuzung beim Bahnhof Dippoldiswalde angebracht werden. (D. R.)

Dippoldiswalde. Felberbegehung des Versuchsrings und des Landw. Vereins. Dem Vorsitzenden beider Vereinigungen Dekonomierat Weide in Oberhäsel gebührt das Verdienst, wenn sich Landw. Verein und Versuchsring zu einer gemeinsamen Begehung am gestrigen nachmittäglichen Zusammenkommen haben. Auffälligerweise konnte man die für den in ständiger Aufwärtsentwicklung begriffenen Versuchsring erfreuliche Lauffähigkeit feststellen, daß sämtliche Teilnehmer auch Mitglieder des Versuchsrings waren. Zunächst erfolgte ein Rundgang durch die Pflanzenbestände des Rittergutes Verreuth. Wenn man auch berücksichtigt, daß die Bestände allgemein in der Gegend in diesem Jahre wesentlich besser als im Vorjahre stehen, mußte man doch den untrüglichen Eindruck gewinnen, daß die jetzige Bewirtschaftung durch Inspektor Engmann unter Oberleitung von Dekonomierat Weide es wirklich beim richtigen hat. Hervorzuheben sind besonders die ausgezeichneten Rüben- und Kartoffelbestände. Bei Outbestehender Bohne wurde der Kartoffelfortensversuch des Versuchsrings befolgt. Angenehm fiel hier auch der sehr schöne Bestand von Rotes Goldhafer auf. Nach Besichtigung eines Weizenbündelversuchs mit verschiedenen Stickstoffdüngern (Kalkammonsalpeter, Kalkammon, schw. Ammoniak und Kalkstickstoff) bei Outbestehender Arnold dessen Kartoffelbestände mit verschiedenen Sorten sich recht gut auszeichneten, ging es auf die Fluren von Vorwerkbesitzer Jachel. Interessant ist hier der Sommerweizenfortensversuch des Versuchsrings mit den Sorten Janaki, Heines Sommerholben, Perogis, Allemannen und der schon seit Jahrzehnten auf diesem Gute angebauten Wirtschaftsorte, welche letztere im Bestand am besten steht. Ob dieselbe aber beim Druck als Siegerin hervorgeht, bleibt abzuwarten. Der Roggen sieht hier recht gut, nicht viel weniger die größeren Weizenbestände. Besonders Interesse fand die Besichtigung der mit Rothklee bedangenen Schwedenreiter. Auf dem Flemmingen Postgute sah man auf dem Rothkleeplatze am Glender Weg Trachengerüste mit Allgäuer Heubäuden und größeren Heubäuden (2 Kleereiler sind durch 3 bis 5 m lange waagerechte Stangen verbunden). Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Benutzung dieser Einrichtung in noch mehr Betrieben Eingang fände. Deshalb werden auch die Trachengerüste den Mitgliedern des Versuchsrings am nächsten Sonntag anlässlich der Begehung in Kirchbach und Reinholdshain noch vorgeführt werden. Die Bestände mit Salzweizen Standardweizen bei Postgutsbesitzer Flemming und Vorwerkbesitzer Leutrich-Reinholdshain gestehen allgemein. Die Roggen-, Weizen- und Haferbestände von letzterem Gut sind zweifelslos recht gut, dazu kommt noch der ausgezeichnete Bestand von 2. Rothklee. Inlet erfolgte noch eine Besichtigung der Bestände von Vorwerkbesitzer Müller-Oberhäsel. Auch hier konnten durchweg ausgezeichnete Getreidebestände — man ist auf diesem Gute nichts anderes gewohnt — in Augenschein genommen werden. Wohl selten war eine Begehung so interessant wie die gestrige. Viele wertvolle gegenseitige Anregungen konnten hier von den Teilnehmern mit nach Hause genommen werden. Die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Vereins und des Versuchsrings können auf eine wohlgeleitete Veranstaltung zurückblicken. Es wäre nur zu wünschen, daß die künftigen Begehung des Versuchsrings, die zum Teil mit landwirtschaftlichen Vereinen verbunden sind, ebenfalls noch recht gut besucht würden. Bis jetzt haben z. T. mit recht gutem Erfolg solche in Ruppendorf, Beerwalde, Seifersdorf, Delsa und Malter stattgefunden. Näherer Bericht hierüber folgt nach.

Verpätet erhielten wir gestern folgende Notiz: Vom 14. bis mit 30. Juli wird die Kreisfahrstraße zwischen Kleincauditz und Quohren wegen Massenschaar für den gesamten Fahrverkehr gesperrt. Die Linie 388 muß während dieser Zeit auf dem Streckenstück zwischen Pöfendorfer und Kreischa eingestellt werden. Die Linie wird während dieser Zeit wie folgt durchgeführt: Fahrt 1 beginnt und Fahrt 8 endet in Reinhardtgrünna. Die Fahrten 3/5 und 2/4 werden nur zwischen Kreischa und Dippoldiswalde durchgeführt.

Einlagerung von Malz. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat eine Verordnung über Einlagerung von Malz durch die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft erlassen, durch welche die Gesellschaft in die Lage versetzt wird, die Lagerung von Malz zu übernehmen und hierfür Orderlagererzichte auszustellen. Die Regelung lehnt sich eng an die Vorschriften an, die im August vorigen Jahres getroffen worden sind, um der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft die Einlagerung von Getreide gegen Auslieferung von indossablen Lagerchein zu ermöglichen. Durch die neue Verordnung werden für Malz erweiterte Befehlsmöglichkeiten geschaffen, die geeignet sind, im Interesse der Landwirtschaft eine verlässliche Aufnahme von Gerste durch die maßhaltendsten Betriebe herbeizuführen.

Malter. Zu einem „Vorfest auf dem Hagap-Dampfer Hamburg“ wird für morgen Sonnabend abend nach dem Gasthof und Ruchaus Talspierre Walker eingeladen. In den Tanzpausen sollen Bordspiele mit Preisverteilung stattfinden. Als erster Preis winkt eine Freifahrt Hamburg—Helgoland und zurück. Dieser Preis ist wirklich nicht zu verachten, so daß sich wohl viele Teilnehmer zum Vorfest einstellen werden. Am Nachmittag ist Konzert am Strandbad.

Reichsadl. Morgen und übermorgen wird unser Ort im Zeichen „Jahn's stehen. Der 7. Bezirk Dippoldiswalde des Mitteldeutschen-Turnvereins der D. L. wird hier sein Bezirksturnfest abhalten. Damit verbunden ist die Feier des 40-jährigen Bestehens unseres Turnvereins „Jahn“. Nach einer Kampfrichter-Sitzung in den Linden werden am Sonnabend nachmittags 5 Uhr die Geräte- und volkstümlichen Wettkämpfe für Turner und Turnerinnen ausgeführt werden, denen sich um 19 Uhr ein Geländelauf für Turner über 5 km, für Jugendturner über 3 km anschließt. Um 20 Uhr ist dann ein Begräbnisabend im unteren Gasthof. Der Sonntag beginnt mit Wettkampf und einer weiteren Kampfrichter-Sitzung. Von 8—11 Uhr findet das Vereinskulturren statt. Dem Festzug, der um 12 1/2 Uhr am unteren Gasthof beginnt und auf dem Turnplatz bei dem Gasthof zu den Linden endet, werden allgemeine Freiübungen der Turner und Turnerinnen und um 15 30 Uhr ein Gemeinturn folgen. Ab 16 Uhr sollen Sonderveranstaltungen geboten werden, um 16 30 Uhr Einzelwettkämpfe im Stadthochspringen, Schleuderball, Speerwerfen und Tauziehen. Interessant wird das Fußballspiel werden, zu dem die erste Mannschaft des ATV gegen die gleiche von Stejsch antreten wird. In der Halbzeit findet die Siegereverbeugung statt. Ein Festball im oberen und unteren Gasthof wird das Fest beschließen. Gutes Wetter wird für die Veranstaltung gebracht. Hoffentlich dient der letzte Sonntag dem Wetter als Vorbild für den kommenden.

Ripsdorf. Im Rahmen eines gut besuchten Gesellschaftsabend der Ruwertwaltung Ripsdorf, im großen Saale der Zelltoppe, waren ausserlesene Darbietungen im Rollschuhlaufen zu sehen. Der Dresdener Rollschuhsportverein 09 verband damit eine Werbung für seinen Sport. Viele Interessenten fanden sich ein und in wenigen Wochen wird mit dem Uebungslaufen in der Zelltoppe begonnen. Die mehrfache Amateur-Sachsenmeisterin, Frau Jaensch-Zacharias, die sich hier großer Beliebtheit erfreut, bot wahre Meisterleistungen im Einzelskilaufen. Nach den Klängen eines stottern Marsches

der Dreherlehre Wiltsdruff, zeigte sie wohlgelegene Sprünge und Spagats, wirbelte Piruetten und lief elegante Bogen. Die bekannten Mitglieder der Berufslehregruppe des DAV, 09, Berg und Fern, wurden in ihren Trachtenläufen, Rotosolo und Spanisch, viel bejubelt. Der Lauf des internationalen Rollschuhläuferpaars zeichnete sich durch Grazie und schönes Zusammenpiel aus. Fern, früherer Amateur-Meisterläufer, bot in einem Phantasiesolo erstklassige Leistungen, die sich besonders durch schwieriges Vorder- und Hinterrollenlaufen auszeichneten. Bürgermeister Krause feierte am Schluß Frau Jaensch-Zacharias sowie Berg und Fern.

Glaschütte. Uns ging soeben der Jahresbericht der Deutschen Uhrmacherschule zu. Wir berichteten schon Anfang Mai anlässlich der Abschlussfeier darüber, wo Dr. Diebel das Wesentlichste in seiner Rede erwähnte. Wir fragen noch folgendes nach: An Geldzuwendungen erhielt die Schule im Berichtsjahr (1. Mai 1931 bis 30. April 1932) als Staatsbeihilfe 37 770 M., an Gemeindebeihilfe 15 000 M., vom Zentralverband der deutschen Uhrmacher 4000 M., von der Uhrmacherzweigvereinigung Dresden 100 M. und von der Uhrmachervereinigung Lübeck 20 M. Die Gesamtzahl der Zöglinge, einschließlich der Hörer, betrug in der Berichtszeit 57. Außer 31 Deutschen besuchte die Anstalt je ein Schüler aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Polen, Rumänien und Jugoslawien. Die Freistelle vom Bezirk hatte ein Schüler aus Obercauditz inne. An Stelle des aus dem Stiftungsansatzung ausgeschiedenen Stadtrats Philipp trat Stadtrat Reumann. Der Techniker- und Reifeprüfung unterzogen sich 7 Schüler und bestanden sie, der Meisterprüfung 9 und der Gehilfenprüfung 9. Die Anschaffungen beschränkten sich auf die notwendigen Ergänzungen der Werkstätten. Soweit es möglich war, wurden die Ergänzungen in den eigenen Werkstätten vorgenommen. Trotz der Ungunst der Zeit hatten Freunde und Gönner der Anstalt auch in dem verflochtenen Jahre der Schule durch zum Teil wertvolle Geschenke geholfen. Besucht wurden außer den hiesigen Werkstätten die Seckerwerke, die Jenidze, Seidel & Reumann, das Eisenwerk Schmiedeburg und die Landeswetterwarte in Wahnitzdorf.

Glaschütte. Aus Anlaß des Schützenfestes in Glaschütte, verbunden mit der Feier des 400-jährigen Bestehens der hiesigen Schützen-Gesellschaft wird die staatliche Kraftwagenverwaltung in den Nächten vom 23./24. Juli und 24./25. Juli jeweils 1 Uhr einen Wagen nach Dresden und am Dienstag, 26. Juli, nachts 12 01 Uhr, einen Wagen nach Dippoldiswalde verkehren lassen. Die Wagen fahren ab Hotel „Stadt Dresden“ in Glaschütte.

Tharandt. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, bei der Staatsregierung dringend dahin vorstellig zu werden, daß die vom Landtag beschlossene Aufhebung der Fortschule Tharandt nicht durchgeführt wird.

Dresden. Nach alter journalistischer Erfahrung ist es vielen Angeklagten weit weniger unangenehm, verurteilt zu werden, als dann ihren Namen in der Zeitung zu lesen. Der Händler Engler und der Angestellte Stübner gehörten zu diesen Leuten. Sie stritten sich auf zwei Pressevertreter und bedrohten sie mehrfach mit Totschlag, wenn man etwas über sie bräute. Wegen vollendeter und versuchter Nötigung bekam Engler einen Strafbefehl über einen Monat, Stübner einen solchen über 14 Tage Gefängnis. Auf den Einspruch der Angeklagten wandelte das Amtsgericht Dresden die Strafe um, da beide wegen dieses Deliktes noch nicht vorbestraft sind und Engler als erregter Mensch gerichtlich bekannt ist. Engler erhielt wegen vollendeter und versuchter Nötigung 80 M. Geldstrafe oder 16 Tage Gefängnis, Stübner wegen versuchter Nötigung 40 M. oder 8 Tage Gefängnis.

Dresden. Die in der Nacht zum 18. Juli auf der Staatsstraße Dresden—Meißen geraubte Kleinkraftmaschine ist in Dresden herrenlos aufgefunden worden. Die Erkennungsnummer II 83 653 war in II 38 658 abgeändert. Im Wageninnern wurde eine Anzahl Glasplättchen vorgefunden, die vermutlich von einer zertrümmerten Scheufensterle herühren. Von dem Inhaber des Wagens fehlen ein Wagen Schlüssel mit der Nummer 43 und zwei weiße Schilder mit der Aufschrift „Kleinkraftmaschine Nr. 25“. Nach dem Zählerstand der Kilometeruhr ist mit dem Wagen eine Strecke von annähernd 200 km abgefahren worden. Für den Fortgang der Ermittlungen ist die Feststellung von Wichtigkeit, wo der Wagen gehalten, und wo die Insassen etwa zehn Liter Betriebsstoff getankt haben. Angaben, deren vertrauliche Behandlung zugesichert wird, werden nach der Kriminalpolizei oder nächsten Polizeidienststelle erteilt.

Dresden. Der Mechaniker Johs. Stammeyer war mit seinem Motorrad an der Haltestelle der Straßenbahn vorbeigefahren, als der Wagen hielt. Der Schaffner rief ihm nach, daß er in solchem Falle zu halten habe. Stammeyer wandte sich um und belegte den Schaffner mit Schimpfwörtern. Er bekam wegen Beleidigung einen Strafbefehl über 40 M. und erbot Einspruch beim Amtsgericht. Im Termin erklärte er, daß ihm seine Äußerungen leid täten; er hätte um Entschuldigung. Bezahlen könne er die Strafe nicht, da er erwerbslos sei. Vorsitzender: „Nun, wer bezahlt Ihr Motorrad?“ Angeklagter: „Das bezahlt meine Frau, und zwar monatlich 40 M.“ Vorsitzender: „Nun, da könnte sie doch auch Ihre Strafe bezahlen?“ Angeklagter: „Nein, dazu hat sie kein Geld.“ — Dem Angeklagten wurden Ratenzahlungen in Höhe von 5 M. monatlich bewilligt. Er jog darauf seinen Einspruch gegen den Strafbefehl zurück.

Dresden. Am Donnerstag abend wurde die Feuerwehr nach Bergmann-Straße 46 gerufen, wo im ersten Obergeschoß einer Schokoladenfabrik in der Köhlerlei ein Samenflanzkammer, eine größere Menge Kalao-Schalen und eine Anzahl Säde in Brand geraten waren. Das Feuer, das wahrscheinlich durch Funkenflug eines Schornsteins in den Sammler entstanden ist, wurde mit kleinem Löschgerät gelöscht.

Leipzig. Auf der Staatsstraße Leipzig—Ortma geriet am Donnerstag kurz vor Threna insolge Gefährungsbruch ein mit drei Personen besetztes Beiwagen-Motorrad ins Schleudern und stürzte um. Dabei erlitten der Fahrer einen Bruch des rechten Unterschenkels, seine Ehefrau Fußverletzungen und die elf Jahre alte Tochter starke Kopfprellungen, die mit erheblichen Blutergüssen verbunden waren.

Bautzen. Bei Klumweitz stieß ein Motorrad so heftig mit einem Personentransportwagen zusammen, daß der Motorradfahrer auf der Stelle getötet wurde. Ein Insasse des Autos wurde schwerverletzt ins Bautzener Krankenhaus eingeliefert.

Limbach. Nach dem Genuß von geräucherter Lachs, der auf dem Wochenmarkt gekauft worden war, erkrankten eine hiesige Frau und ihre Tochter. Wie sich herausstellte, hatte sich der Fisch nicht mehr in genussfähigem Zustande befunden.

Zwickau. Von der hiesigen Polizei wurden am Donnerstag in Lichtentanne Hausdurchsuchungen bei einer Anzahl Kommunisten vorgenommen. Mehrere Personen, darunter der Vorsitzende der kommunistischen Gemeindevorordnetenfraktion, Leßner, wurden festgenommen und im Polizeiauto abtransportiert. — In Zwickau wurden nachts zwei junge Kommunisten von einer Polizeistreife überrascht, als sie Plakate an ein Transformatorhaus geklebt hatten. Die beiden Festgenommenen waren bewaffnet.

Borna (Bez. Leipzig). In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der mit über 200 000 M. Defizit angenommene, allerdings mit den schärfsten Protest gegen das Gebaren des Reiches und des Landes, die enormen Wohlfahrtslasten auf die Gemeinden abzuwälzen. Ohne diese Lasten würde der Etat sogar mit einem Ueberschuß abschließen. Die Bürgersteuer soll im laufenden Rechnungsjahr 63 000 M. (l. B. 20 000 M.) bringen, der Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer beträgt 150 %. Weiter erscheint abermals eine Feuerzuschußsteuer. — Bürgermeister Enge in Altkleid Borna wurde in der letzten Gemeindeverordnetenversammlung mit 2/3-Mehrheit auf weitere 12 Jahre wiedergewählt.

Schma (Erzgeb.). Sechs Geschwister mit 459 Jahren. Im hiesigen Orte wohnen die sechs Geschwister Löffel, die zusammen das immerhin ansehnliche Alter von 459 Jahren aufweisen. Die Jahre verteilen sich mit 70 auf Emil Löffel, mit 72 auf Ida Löffel geb. Löffel, mit 77 auf Richard Löffel, mit 78 auf Karl Löffel, mit 80 auf Louis Löffel und mit 82 auf Laura Lang geb. Löffel.

Sobenstein-Ernstthal. Auf dem hiesigen Schützenplatz und den umliegenden Straßen haben in den letzten Tagen mehrere hier wohnhafte Schulknaben großen Unfug dadurch getrieben, daß sie mit Teschings und Luftgewehren nicht nur in die Luft, sondern auch nach Sperlingen und sogar anderen Singvögeln schossen. Den Gipfelpunkt der Frechheit aber erreichten sie, als sie dieser Tage auch nach den an der Roten Mühle weidenden Raben schossen und tatsächlich eine Kuh durch eine Kugel erheblich verletzten.

Glauchau. Auf Schindmaacher Flur fand ein hiesiger Einwohner eine große Menge von Heidelbeeren, die noch vollkommen grün — etwas heller als die Blätter — aber dennoch ausgereift waren und einen feinen Geschmack hatten. Diese Beeren machten als botanisches Unikum ihrem Namen wenig Ehre.

Glauchau. Eine bewegte Stadtverordnetenversammlung fand am Mittwochabend hier statt. Auf der Tagesordnung standen lediglich stark politisch angehauchte Dringlichkeitsanträge der SPD. Aus diesem Grunde war die bürgerliche vereinigte Fraktion überhaupt nicht zur Sitzung erschienen. Wider Erwarten entwickelten sich doch stundenlange Debatten zwischen der linken Fraktion und den Abgeordneten der NSDAP, wobei es zeitweise so scharf berging, daß die Stadtverordneten Dr. Wittmann und Vogel (beide NSDAP.) nach dreimaligem Ordnungsruf aus dem Sitzungssaal gemiesen wurden. Als nach rund dreistündiger Sitzung zur Abstimmung geschritten werden sollte, mußte man plötzlich die Beschlußfähigkeit der Versammlung feststellen. Die Sitzung wurde daraufhin als ergebnislos aufgehoben.

Wilkau. In der hiesigen Gemeindeverordnetenversammlung ging es sehr härmlich zu. An den Auseinandersetzungen beteiligten sich auch Zuhörer, von denen schließlich einer aus dem Saale verwiesen wurde. Die Debatte artete so aus, daß man zeitweise glaubte, in einem zoologischen Garten zu sein. Ordnungsrufe des Vorstehers wurden mit Lachen beantwortet. Beschlossen wurde u. a. zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung der Ausbau der Heine-, Goethe- und Gainsdorfer Straße. Gegen die Ueberlassung von Schulgelände an den Arbeiterturn- und Sportverein zum Zwecke eines Sporthallenbaues wollen die Bürgerlichen Einspruch bei der Aufsichtsbehörde erheben.

Jwidaun. Die Gemeindeverordneten in Steinpleis beschloßen einstimmig den Ankauf der Fabrikvilla aus der Körnerischen Konhardsmühle zum Zwecke der Einrichtung als Gemeindeamt.

Jwola i. V. In der ersten Sitzung des neugewählten Gemeindeverordneten-Kollegiums wurden in das Präsidium nur Nationalsozialisten gewählt. Auch sämtliche Ausschüsse wurden nur von Nationalsozialisten besetzt. Um in der bekannten Wirtschaftenangelegenheit vollständig Klarheit zu schaffen, wurde die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschlossen. Ein Antrag der Nationalsozialisten, wonach das Rathaus an Sitzungstagen mit einer Hakenkreuzfahne besetzt werden soll, wurde gegen zwei Stimmen der Linken angenommen.

Letzte Nachrichten

Bayern wollte Preußen nicht sekundieren. — Die „Bayrische Staatszeitung“ zur Lage.

München, 21. Juli. Zu dem Schrift Bayerns beim Staatsgerichtshof für das deutsche Reich stellt die „Bayrische Staatszeitung“ fest, daß dieser Schritt nicht als Sekundantenstellung für Preußen gewertet werden dürfe. Er sei nichts anderes, als ein Schritt zur prinzipiellen Klärung der Frage, ob die Einsetzung eines Reichskommissars anstelle von Landesregierungen und die Enthebung von Landesministern mit der Reichsverfassung vereinbar sei. Bayern verneinte nach wie vor die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen des Reichskabinetts mit aller Entschiedenheit. Hier handelt es sich um Dinge, die keineswegs etwa nur Preußen angehen. Hier geht es um die Existenzrechte aller deutschen Länder und damit um den bundesstaatlichen Charakter des deutschen Reiches überhaupt. Werde heute in Preußen versucht, die Art an die Wurzel der Eigenstaatlichkeit zu legen, so könne daselbe, wenn die verfassungsmäßige Rechtslage weiter so außer acht gelassen werde, trotz der angeblich entgegengerichteten Meinung des Reichskanzlers morgen gegenüber Bayern oder einem anderen deutschen Lande geschehen, wenn die Männer der Reichsregierung die Zeit oder die Notwendigkeit dafür gekommen glauben; der Anfang sei gemacht, wo sei das Ende? Für Bayern gebe es nur eine Staatsraison: Recht und Gesetz. Diese zu schützen und zu erhalten, sei oberste und heiligste Pflicht, auch einer Reichsregierung.

Veratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 21. Juli. Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag in einer Sitzung abschließend mit der Lage in Preußen. Die auf Grund der Einsetzung des Reichskommissars unternommene Aktion betrachtet die Reichsregierung für sich als erledigt. Alle weiteren noch nötigen Maßnahmen wird der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, in die Wege leiten. Wie verlautet, ist nicht beabsichtigt, die preußischen Ministerien jetzt schon endgültig neu zu besetzen. Es bleibt vielmehr bei der kommissarischen Verwaltung durch Staatssekretäre. Das Reichskabinett befaßte sich weiterhin mit dem ins Auge gefaßten großen Wirtschaftsprogramm, und zwar am Donnerstag zunächst mit handelspolitischen Fragen. Das Gesamtprogramm soll zunächst bis Sonntagabend in seinen Grundzügen fertiggestellt sein, so daß es noch in der nächsten Woche veröffentlicht werden kann. Die wichtigsten Programmpunkte werden Arbeitsbeschaffung und Siedlung sein, und zwar zunächst Arbeitsbeschaffung über die bereits im Haushalts vorgeesehenen und bewilligten Mittel hinaus, ferner die Einsetzung des Arbeitsdienstes, Fragen der Lohnpolitik, der etwaigen Einführung des Krümpersystems sowie eine Nachprüfung der Kapitalbeteiligungen des Reiches an wirtschaftlichen Unternehmungen.

Weitere 1,8 Milliarden Dollar für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Amerikas.

Washington, 21. Juli. Präsident Hoover unterzeichnete die zusammengefaßte Wagner-Garner-Vorlage, die eine Kapitalerhöhung der Rekonstruktion-Finance-Corporation um 1,8 Milliarden auf 3,8 Milliarden Dollar vorsieht. Davon entfallen 1 500 Millionen Dollar auf neue Kredite für Industriebauten, Staaten, Gemeinden und öffentliche Bauten sowie 500 Millionen Dollar für Anleihen an Einzelstaaten zur direkten Unterstützung der Erwerbstlosen. Ferner sollen 322 Millionen Dollar für landwirtschaftliche Kredite gegeben werden.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag — abends 7 Uhr — Turmbasen.

Wer nur den lieben Gott . . . Du meine Seele singe . . . Habe deine Lust am Herrn . . .

Sonntag, den 24. Juli — 8. Sonnt. n. Trin.

Les: 1. Mose 30, 1—5; Lied: 566.

Dippoldiswalde. 1/9 Uhr Besuche und heiliges Abendmahl in der Sakristei: O.K.R. Michael, 9 Uhr Predigtgottesdienst: Derselbe. 1/11 Uhr Kinder-gottesdienst: Derselbe.

Bärenburg. 11 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahl. **Benndorf.** 2 Uhr Predigtgottesdienst, anshl. Kinder-gottesdienst.

Höckendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/11 Uhr Kinder-gottesdienst. **Johnsbach.** 1/9 Uhr Predigtgottesdienst.

Kipsdorf. 1/11 Uhr Predigtgottesdienst, anshl. Kinder-gottesdienst. **Kreißa.** 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Dessa. 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschließend Kinder-gottesdienst. **Poffendorf.** (Wochenamt: Pf. Knorr.) 9 Uhr Predigtgottesdienst: cand. theol. Erner.

Reichstädt. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. 1/10 Uhr Kinder-gottesdienst. **Reinhardtsgrimma.** 1/9 Uhr Segensgottesdienst.

Ruppendorf. 1/9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Unterredung mit der konf. männl. und weibl. Jugend. 3 Uhr Gottesdienst in Beerwalde. **Sabisdorf.** 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Jugend-gottesdienst.

Seifersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst. **Schmiedeberg.** 1/9 Uhr Predigtgottesdienst, anshl. Kinder-gottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst. **Schönfeld.** 9 Uhr Predigtgottesdienst, anshl. Kinder-gottesdienst.

Zu verkaufen:

Bettstelle mit Matratze runder Tisch, 2 Stühle
Näheres: Geschäftsstelle

Einkoch-Gläser
einzelne Deckel
Einkoch-Apparate
Fruchtpressen
Gummi-Ringe
sehr gut und billig
Bohnenkneider
Preis bedeutend ermäßigt

Hans Pfutz
Obertorpl., neb. Louis-Schmidt
6% Rabatt in Markten

Frisches

Hammelfleisch

empfiehlt **H. Heinrich**

Gasthaus und Kurhaus Talsperre Malter

Sonntag, 23. Juli — Anfang 8 Uhr —

Ein Bordfest

auf dem Hapagdampfer „Hamburg“

im feinsten geschmückten Saal. In den Tanzpausen **Bordspiele mit Preisverteilung**



1. Preis: eine Freifahrt Hamburg-Helgoland und zurück. — Tanzdarbietungen, Kapelle: Schumann-Orchester. — Mitwirkende: Korvettenkapitän a. D. Breithaupt und Solotänzerin Elisabeth Dulk **Am Nachmittag am Strandbad Konzert**

Achtung! Sonntag, den 24. Juli, abends 8 Uhr **Achtung!**

SA.-Konzert

der bekannten und beliebten Standartenkapelle Weill, Dresden, **im neu erbauten Saale des Gasthofs Reinholdshain**

Ansprache: Pg. Dr. Engel, Pfarrer, Werbau

Nach dem Konzert deutscher Tanz

Um zahlreichen Besuch bittet **NSDAP., Ortsgr. Reinholdshain**

Frische Heidelbeeren (in der Riste Pfd. 27 Pf.), **Schäl- und Feinsgurken**, 12 Pfd. 1 M., **neue Kartoffeln**, 10 Pfd. 60 Pf., **Tomaten**, Pfd. 25 Pf., **Pflirsche**, Pfd. 45 Pf., **Kori.**, **Weiß-**, **Welschkraut** usw. empfiehlt **Bruno Hamann**

10 billige Tage!

Einleggläser 11 40, 1/2 l 32 Pf.
Geleegläser 1/2 Liter 17 Pf.
Reißwender 100 St. 10 Pf.
Küchenmesser St. 20 Pf.
Verchromte Messer u. Gabeln Paar 1.— M.

Verchromte Siebchen St. 30 Pf.
Vorstichtsmäßige Milchmaße, **Vorhangschlösser mit zwei Schlüssel** von 15 Pf. an **Kollbandmaße v. 40 Pf. an** **Schlebelehren v. 2.— M. an** **Berg. Steinmulden** **Ratt 6.— nur 4.— M.**

Lärtschlösser von 80 Pf. an
Gießkannen von 80 Pf. an
Gummi-Schlauch 65 Pf. à m
Striegeln 40 Pf.
Düngerzabeln 60 Pf.
Esmilche Stiele
Baumzägen 40 Pf.

Stuhlisch St. 40 Pf.
Scheeren St. 35 Pf.
Schonpuffer 20 und 30 Pf.
Sägen St. 45 Pf. Alle Garten-geräte u. Werkzeuge zu noch nie dagewesenen, niedrigen Preisen

Carl Heyner

HEINRICH-LICHTSPIELE
DIPPOLDISWALDE VORNEHMSTES U. GRÖSSTES TONFILMTHEATER DES BEZIRKS ÜBER 500 SITZPLATZE. MODERNSTE LICHTTONAPPARATUR

Heute Freitag 1/9, Sonnabend 1/9, Sonntag 6 u. 1/9
Der einzig authentische Mädchenhandelsfilm!
Eine dringende Mahnung für jeden!

Tänzerinnen für Süd-Amerika gesucht!

Hergestellt unter Mitarbeit und Unterföhrung des Deutschen Nationalkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Hauptrollen Vita Parlo, Harry Frank Fox tönende Wochenschau! Großes tönendes Welprogramm!

Neues Sauerkraut

Pfund 15 Pf.

neue saure Gurken

3 Stück 25 Pf.

bet **Bruno Hamann**

Dienstag, den 26. Juli 1932.

Höckendorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde.

Gemeinde gläubig gelaufter Christen.

Schmiedeberg. Lutherplatz 23. Sonntag, 24. 7., 9 Uhr Gottesdienst. 10 Uhr Sonntagsschule. 1/5 Uhr Predigtgottesdienst: Prediger Gerke.

Dessa. Am Bach 11. Sonntag, 24. 7., 9 Uhr Gottesdienst. 10 Uhr Sonntagsschule. 1/5 Uhr Predigtgottesdienst: Prediger Gerke.

Dippoldiswalde. Goldener Stern. Dienstag, 26. 7., abends 8 Uhr Bibelstunde: Prediger Gerke.

Handel und Börse

Dresdner Börse vom 21. Juli. Auch heute blieb das Geschäft an der Börse eng begrenzt. Die Kurse gaben überwiegend nach. Schubert & Salzer verloren 2 Rütiger Leder und Braunkohl je 1,5, Schöffelhof und Reichelbräu je 2, Felsenkeller 1,9 und Dortmunder Ritter 1,5 Prozent. Höher lagen dagegen Dittersdorfer Filz plus 4, Sachsenboden und Deutsche Ton je plus 1 Prozent. Anleihen uneinheitlich und nur um Bruchteile eines Prozentes abwärts, Reichsbefehl dagegen plus 1 Prozent, Pfandbriefe weiterhin behauptet.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 21. Juli. Auftrieb: Ochsen 9, Bullen 40, Kühe 19, Färsen und Fresser —, Kälber 544, Schafe 128, Schweine 540, zusammen 1280 Tiere. Preise: Ochsen, Bullen, Kühe und Schafe belanglos; Kälber 1.—, do 2 40—45; do 3 35—38, do 4 39—34; Schweine 1 42 do 2 41—42, do 3 39—40, do 4 37—38, do 5 36—37. Geschäftsgang: mittel; Ueberstand: Ochsen 5, Bullen 18, Kühe 16, Schweine 4. Von dem Auftrieb sind 21 Rinder und 76 Schweine ausländischer Herkunft.

Für die anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Aufmerksamkeiten sagen wir — zugleich im Namen unserer lieben Eltern — unsern herzlichsten Dank

Reinhardtsgrimma — Reinholdshain, Juli 1932

Alfred Merbt und Frau Melanie
geb. Gräßl

Turnbezirk Dippoldiswalde

Bezirksturnfest in Reichstädt

am 23. und 24. Juli.

Festplatz: Rade Gasthaus s. d. Linden.

Sonntag, den 23. Juli:
17 Uhr Geräte- und volksmäßige Wettkämpfe für Turner und Turnerinnen,
19 Uhr Geldbelauf für Turner und Jugendturner,
20 Uhr Begrüßungsabend im unteren Gasthof.

Sonntag, den 24. Juli:
8—11 Uhr Vereinswettkampfen,
12.45 Uhr Festzug,
14.30 Uhr allgemeine Freiübungen der Turner, anshl. der Turnerinnen, Gemeinturnen, Sondervorführungen, Einzelwettkämpfe, Tanzleben,
17 Uhr Fußballspiel der Meisterschaften NSD. Dippoldiswalde I gegen Dresden-Stiehl I. Während der Halbzeit Siegerverkündigung,
ab 19 Uhr Fußball im unteren und oberen Gasthof.

Alle Freunde und Gönner unserer deutschen Turnische sind zu diesen Veranstaltungen herzlich eingeladen. Der Bezirksturnausschuß.



Turnverein „Jahn“ Reichstädt

Sonntag und Sonntag

40-Jahrfeier

verbunden mit Bezirksturnfest

Um zahlr. Beteiligung bittet der Festausschuß

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied heute früh 1/3 Uhr unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Mathilde verw. Riedel

Kipsdorf, 22. Juli 1932

Im tiefsten Schmerz:

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr, vom Trauerhause, Kipsdorf 27, aus statt

Kurze Notizen

Nach Mitteilung des Städtischen Presseamtes in Mtona ist im Krankenhaus ein weiterer Schwerverletzter der Unruhen vom Sonntag gestorben. Es handelt sich um einen dreißigjährigen Mann namens Erwin Geh. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf siebenzehn gestiegen.

Die Teilnehmer an der Konferenz der Landwirtschaftsminister unternahmen eine Besichtigungsfahrt von München aus in zahlreiche bayerische Orte und Städte. Die meisten Bändervertreter begaben sich dann wieder in ihre Heimat zurück.

Ergebnis der Woche

Unruhige Zeiten.

Mit der sommerlichen Ruhe ist es in diesem Jahre nichts. Schon vor einem Jahre, ebenfalls im Juli, wurden die deutschen Urlaubsfreisenden wie die Dabeimgeliebten durch den Berliner Bankentwurf unangenehm aus Ferienstimmung und geruhlicher Träumerei herausgerissen. Heute ist es der Konflikt Reich-Preußen, der eine Entwicklung genommen hat, wie sie bisher ohne Vergleich dasteht. Das glimmende Feuer, das sich bereits lange vor den Aprilwahlen bemerkbar machte, ist jetzt zu heißer Glut entfacht, weil sich Reichspräsident und Reichsregierung veranlaßt sahen, dem Schwebezustand in Preußen ein Ende zu machen. Durch diese Aktion ist das Problem Reich-Preußen überraschend stark in den Vordergrund getreten, und selbst aus Bayern kommen Stimmen, die darauf verweisen, daß es an der Zeit sei, diesen Dualismus Berliner Regierungspolitik irgendwie einer erträglichen Lösung zuzuführen. Es ist grotesk, daß zwei Regierungen, die sich gewissermaßen über die Straße hinweg in die Fenster sehen können, in ihrer politischen Zielrichtung und ihrer staatsrechtlichen Auffassung wie zwei feindliche Mächte gegenüberstehen. Darunter leidet der Reichsgedanke, leidet die Staatsraison. Es ist für das breite Volk eine unverständliche Erscheinung, wenn im Wahlkampf aktive Minister von Stadt zu Stadt reisen und Wahlreden halten, die sich nicht immer mit dem Gesichtspunkt der Staatsautorität vereinbaren lassen. Es ist aber fast unerträglich, wenn das Bänderministerium gegen eine amtierende Reichsregierung tun und damit in der Bevölkerung Spannungen und Zweifel auslösen, die einer gesunden politischen Willensbildung nicht immer zuträglich sind. Reichspräsident und Reichsregierung sind innerlich davon überzeugt, daß der von ihnen unternommene Schritt gegen Preußen im Interesse einer einheitlichen Reichspolitik notwendig war. Der Staatsgerichtshof wird in kürzester Zeit darüber zu befinden haben, ob diese Auffassung richtig ist. Es ist erfreulich, daß trotz der äußersten Zuspitzung parteipolitischer und staatsrechtlicher Gegensätze die Bevölkerung und die Parteien Ruhe bewahren und Disziplin halten. Ein Unglück von unberechenbarer Auswirkung kann nur dadurch verhütet werden. Ein besonderes Wort der Anerkennung verdienen in diesem Zusammenhang unsere Schutzpolizeibeamten und unsere Landjäger. Was diese in den letzten Wochen und Monaten überlegerten parteipolitischen Fanatismus zum Besten der äußeren Ruhe und Ordnung bis zur Selbstaufopferung geleistet haben, das sollte jeder Mann im Lande, gleich welcher Partei er angehört, rückhaltlos anerkennen.

Strache frei!

Der oft im politischen Meinungskampf erhobene Ruf „Strache frei!“ hat auch noch eine andere Bedeutung. Die Reichsregierung hat kürzlich eine Verordnung über die Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes erlassen. Das Ziel ist, die Strache mehr und mehr von Arbeitslosen frei zu machen und sie wieder einer geregelten Beschäftigung zuzuführen. Es ist ein kleiner Anfang, der hier gemacht wird. Weitere Schritte müssen folgen. Das Siedlungsproblem hängt noch der Lösung. Das Hauptwerk aber steht noch aus, nämlich die Einordnung des Millionenheeres der Arbeitslosen in den normalen wirtschaftlichen Arbeitsgang. Die Reichsregierung hat das als eine ihrer vorrangigsten Aufgaben bezeichnet. Es wird Zeit, daß dieser Ankündigung bald greifbare Taten folgen. Die Mitte des Jahres ist erreicht. Es stehen eigentlich nur noch wenige Wochen zur Verfügung, um das Werk in Gang zu setzen, damit zum Winter bereits die dringend notwendige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten kann. Hier müssen alle Faktoren herangezogen werden, um dieser furchtbaren Gefahr der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Wenn das Ziel erreicht werden soll, muß jeder parteipolitische Streit schweigen und jede parteipolitische Taktik beiseitegelassen werden. Wer etwas anderes tut, verläßt sich gegen das Riesengeheer der Arbeitslosen, schädigt Volk und Vaterland.

Die Abrüstungsomödie.

Die Genfer Abrüstungsomödie ist nun vor den Augen einer Weltöffentlichkeit enthüllt worden. Das Ergebnis der sogenannten ersten Konferenzphase ist im letzten Grunde ein neues Militärbündnis zwischen Frankreich, England und Amerika. Es mag sein, daß jeder der drei Beteiligten etwas anderes darunter versteht. Schließlich steht doch der brutale Wille durch. Wir haben es soeben mit dem bayerischen Pakt erlebt. Kaum war er mit schönen Reden besiegelt, da vernahm man, zunächst gerüchtweise, dann offiziell, daß zwischen Frankreich und England ein Geheimabkommen abgeschlossen wurde, das MacDonald als ersten Schritt zu einem allgemeinen Vertrauenspakt, Herriot aber als die Wiederaufrichtung der Entente cordiale bezeichnete. Man hat sich dann notgedrungen veranlaßt gesehen, auch andere Mächte zum Beitritt aufzufordern. Einige sind dieser Aufforderung bereits gefolgt; Deutschland hat zunächst in London nachgefragt, was es mit diesem Vertrauenspakt für

innere Zwangsmit hat. Es liegt offenbar kein zwingender Grund vor, sich dem Pakt anzuschließen, sofern sich daraus die Neubefehung des Briandischen Europa-Paktes entwickeln könnte. In der niederländischen Presse ist jedenfalls die Auffassung geäußert worden, daß es sich bei diesem Pakt möglicherweise „um neue getarnte Sicherheitsgarantien für Frankreich“ handle und die Gefahr des „Rückfalls in das gefährliche System der Allianzen“ bestehe.

Oesterreichs Kapitulation vor Frankreich.

Der Völkerbundsrat hat soeben auf österreichischen Antrag eine sogenannte Anleihe für Oesterreich genehmigt, die es dem deutschen Donauraum ermöglichen soll, über den finanziellen Bankrott hinwegzukommen. Um diesen Anleihebetrag ist heftig gerungen worden, denn nicht die finanzielle Seite stand im Vordergrund sondern politische Bedingungen, die Frankreich daran knüpfte. Es ist der französischen Diplomatie gelungen, diese Anleihebedingung von einer neuen Anerkennung des Genfer Protokolls vom Jahre 1922 abhängig zu machen. Diese Anerkennung bedeutet den weiteren Verzicht auf jeden Anschlussgedanken und damit einen Verzicht auf die Souveränität Oesterreichs nicht nur in allen finanziellen und wirtschaftlichen, sondern auch in allen entscheidenden außenpolitischen Fragen. In Oesterreich macht sich wachsender Widerstand gegen diese Anleihebedingungen bemerkbar, umso mehr, als das finanzielle Ergebnis für Oesterreich außerordentlich gering ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Nationalrat zu einer Ablehnung des Anleihepaktes aus nationalen Gründen kommt.

Scharfer Erlaß an die Polizei

Der Militärbefehl über eine Anweisung an die Polizei erlassen, wo es notwendig wird, von den Nationen energisch und schnellstens Gebrauch zu machen. Es gibt keine Entschuldigung für den Polizeibeamten, der einen Auftrag nicht ausführen konnte, weil er die Waffe nicht schnell genug angewendet hat.

Berordnung über Waffenbesitz

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt in Berlin und der Provinz Brandenburg erläßt folgende Verordnung: Auf Grund der Rotverordnung vom 20. Juli 1932 wird folgendes verordnet:

1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben, oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
2. Wer bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Befragen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.
3. Die Haftanordnung unterliegt keiner Anfechtung.
4. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Appell des Reichszanlers

Berlin, 22. Juli.

Reichszanler von Papen weist in einer besonderen Verlautbarung nochmals darauf hin, daß die in Preußen ergriffenen Maßnahmen im Interesse der gefährdeten Ruhe und Ordnung notwendig gewesen seien. Der Reichszanler wendet sich in einem Appell an die preussische Bevölkerung, in dem er um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bittet.

Bracht im Amt

Der kommissarische preussische Minister des Innern, Dr. Bracht, hat die Amtsgeschäfte übernommen. Er hat Staatssekretär Dr. Abegg mit sofortiger Wirkung seiner Geschäfte entbunden und beurlaubt.

Das preussische Staatsministerium hat dem Antrage des Staatssekretärs Dr. Weismann, ihm aus Gesundheitsrücksichten die Entlassung aus dem preussischen Staatsdienst zu bewilligen, entsprochen.

Die Pressestelle des preussischen Staatsministeriums des Innern stellt bis auf weiteres ihre Tätigkeit ein. Der Stellvertreter



Neue Verwalter preussischer Ministerien.

In seiner Eigenschaft als Reichskommissar hat Reichszanler von Papen den Staatssekretär im preussischen Handelsministerium Dr. Staudinger seines Amtes enthoben und an seine Stelle den Bankkommissar Dr. Ernst (rechts) gesetzt. Ebenfalls wurde Staatssekretär Krüger im Landwirtschaftsministerium beurlaubt und der bisherige Staatssekretär des Reichsernährungsministeriums Ruffelt (links) mit dieser Tätigkeit beauftragt.

ter, Weimarerat Dr. Hirschfeld, ist beurlaubt und von seinen Dienstgeschäften entbunden. Die politischen Mitteilungen der preussischen Staatsregierung, insbesondere des preussischen Ministers des Innern, werden von der Presseabteilung der Reichsregierung ausgegeben.

Dr. Bracht hat inzwischen auch an die übrigen Mitglieder der preussischen Regierung, die ihrer Ämter enthoben sind, aber ihre Ämter noch nicht übergeben haben, die Anfrage gerichtet, durch welches Mittel der Gewalt sie ihrer Ämter enthoben zu werden wünschen. Auch mit dem preussischen Innenminister Severing war eine dahingehende Vereinbarung getroffen worden, auf Grund deren dann die Amtsenthebung erfolgte.

Beschluß der SPD.

Klage auch der Landtagsrat

Berlin, 22. Juli.

Partei Vorstand und Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: „Der gewaltsame Eingriff, der von den Nationalsozialisten gefordert und von der Reichsregierung vollzogen wurde, hat die verantwortungsvolle Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei am preussischen Freistaat vorläufig unterbrochen. Wie im Reich ist jetzt auch in Preußen die Meinherrschaft einer dünnen Oberschicht ausgerichtet und jeder Einfluß der breiten, wertvollen Massen völlig ausgeschaltet worden. Es liegt jedoch in der Hand des Volkes, durch Wahl von Sozialdemokraten am 31. Juli die gestörte Rechtsordnung der Republik wiederherzustellen und sich selber den gebührenden Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten wieder zu verschaffen. Der 31. Juli muß ein Tag des Gerichts werden. Für die weiter bestehenden Kämpfe sind die Organisationen in den Zustand höchster Bereitschaft zu setzen.“

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat sich der vom alten preussischen Staatsministerium erhobenen Klage und dem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung angeschlossen. Sie macht die Anträge der preussischen Regierung zu ihren eigenen. Mit der Wahrnehmung der Klage hat die Fraktion den preussischen Ministerialdirektor Dr. Badt beauftragt, zu seinem Vertreter wurde Professor Waldeker-Breslau ernannt.

Feststellungsklage Badens

Erklärungen des Staatspräsidenten.

Kaisersruhe, 22. Juli.

Die badische Staatsregierung hat eine Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof in Leipzig gegen die Reichsregierung erhoben, in der sie die Berechtigung der Maßnahmen in Preußen bestreitet, da diese nach Auffassung der badischen Regierung „nicht nötig im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung seien, jedenfalls dauernd nötig seien und dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches widersprächen“.

Staatspräsident Dr. Schmitt gab in einer Pressebesprechung Erklärungen folgenden Inhaltes ab: Die badische Regierung stehe treu auf dem Boden der Reichsverfassung und werde alle Rotverordnungen von Berlin, auch wenn sie gegen den Inhalt Bedenken politischer und rechtlicher Art habe, durchführen, insbesondere alle Anordnungen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit angehen. Die Regierung werde alles unternehmen, um zu verhindern, daß Blut fließt, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden. Der Staatspräsident begrüßte im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen das Verbot der öffentlichen Aufzüge, mit dem sich die Reichsregierung auf den Standpunkt der drei süddeutschen Minister- und Staatspräsidenten gestellt habe und kündigte an, daß die badische Regierung erneut, und zwar schriftlich an die Reichsregierung wegen des Uniformverdictes herantritt werde.

„Wir schließen uns“, so sagte Dr. Schmitt ferner, „der preussischen Klage nicht an, weil wir den Sachverhalt nicht genügend kennen. Auch erheben wir eine andere Klage als Bayern. Wir erkennen an, daß die Reichsregierung grundsätzlich das Recht hat, einen Reichskommissar auf Grund des Artikels 48 einzusetzen.“

Der Staatsgerichtshof entscheidet

Der vom bisherigen preussischen Staatsministerium unter Bezugnahme auf die gleichzeitig damit beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingereichte Klage gestellte Antrag lautet dahin:

Im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli für das Land Preußen eingesetzte Reichskommissar einstweilen jeder Dienstausübung zu enthalten hat.

Wenn durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung im Sinne des preussischen Antrags der Reichsregierung unterlagt werden sollte, weitere Maßnahmen zu treffen, so würde die Entscheidung zur Hauptsache lange verzögert werden, denn die prozessrechtlichen Bedingungen, die der Staatsgerichtshof beachten muß, verlangen, daß zunächst die Termine festgelegt werden für Einreichung von Klageschriften, für Beantwortung der Klageschrift, für Äußerungen der Beteiligten usw., so daß damit zu rechnen ist, daß zur Hauptsache der Klage überhaupt erst nach den Gerichtsferien verhandelt werden kann. Es kommt alles darauf an, ob der Staatsgerichtshof dem preussischen Antrag entspricht oder nicht.

Keine Aktilegitimation?

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die frühere preussische Regierung für die Führung der Klage vor dem Staatsgerichtshof gegen die Rotverordnung, durch die der Reichskommissar für Preußen eingesetzt wurde, nicht aktiv legitimiert ist. Die Reichsregierung kann jedoch über diese Frage nicht entscheiden. Die Entscheidung erfolgt nicht.

mehr durch den Staatsgerichtshof, der von Fall zu Fall die Frage der Verfassungsmäßigkeit feststellt.

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, bezeichnet man es in Kreisen der Reichsregierung als völlig unverständlich, daß eine Reihe preussischer Minister und höherer Beamter die Rechtsgrundlage der Maßnahmen der Reichsregierung in Zweifel gezogen habe. Diese Maßnahmen der Reichsregierung seien auf Grund einer Rotverordnung des Reichspräsidenten erfolgt und daher durchaus rechtmäßig in Kraft. Es stehe jedem die Möglichkeit offen, gegen die Rotverordnung den gesetzlich festgelegten Rechtsweg zu beschreiten. Diese Möglichkeit könne aber niemanden entbinden von der Verpflichtung, zunächst den Bestimmungen der Rotverordnung Folge zu leisten. Daher müßten die Anordnungen der Reichsregierung unbedingt durchgeführt werden.

Das Urteil der politischen Führer

Die Reichsmaßnahmen gegen das bisherige geschäftsführende preussische Ministerium wurden in den großen Wahlsammlungen aller Parteien ausführlich besprochen. So erklärte

Adolf Hitler.

in Hamburg. „Wir befinden uns gegenwärtig an der Wende des deutschen Schicksals. Deutschland ist jetzt in jene kritische Phase eingetreten, in der die Geister sich scheiden müssen. Heute handelt es sich nicht um das Rabinett Papen, sondern heute gilt der Ruf: Hier Zentrum und Sozialismus und hier Nationalsozialismus.“ — Die Pressekorrespondenz der NSDAP schreibt, die große Ueberrumpfung komme noch für Richter werde ein nationalsozialistischer Staat schon zu sorgen wissen. Ein Rattenschwanz von Betrügnissen werde hoffentlich den Schleier von den Dingen wegziehen, die unter Seeverings Duldung begangen seien.

Dr. Fried.

führte anlässlich einer nationalsozialistischen Kundgebung in München aus, der ganze marxistische Block komme jetzt mit den Ereignissen in Preußen ins Rutschen. Die NSDAP verlange, daß Braun und Seevering sofort in Kriminalhaft genommen und unter Anklage gestellt werden.

Dr. Goebbels

erklärte in Apscha: „Die Stunde der Entscheidung ist da.“ Die Auseinandersetzung zwischen Internationalismus und Nationalismus habe begonnen.

Dr. Hugenberg

äußerte sich in Koblenz dahin, heute sei eine Voraussetzung in Erfüllung gegangen, nach der, wenn einmal ein Umschwung kommen sollte, entweder die preussische Regierung die Reichsregierung oder die Reichsregierung die preussische Regierung verhaften werde. Die Deutschnationalen begrüßten die jetzige Entwicklung in Preußen. Zu wünschen sei, daß der Reichskommissar sofort an die Säuberung des Beamtenums herangehe.

Die Deutsche Volkspartei

tritt mit einer Erklärung der Reichsparteileitung hervor, in der es u. a. heißt: „Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist eine einschneidende Maßnahme, die aber nach Lage der politischen Verhältnisse nicht zu vermeiden war. Die nächsten Wahlen müssen dafür sorgen, daß die Elemente der sachlichen Verantwortung und der politischen Verantwortung wieder zur Geltung kommen und uns davor bewahren, daß die Massen- und Klassenparteien von links und rechts Deutschland zum Tummelplatz ihrer Machtkämpfe machen.“

Dr. Brüning.

der in München in einer Zentrumsversammlung sprach, äußerte sich dahin, die Entwicklung in Preußen bereite große Sorge. Seines Erachtens seien die Vorbedingungen für die Einsetzung eines Reichskommissars nicht gegeben. Seevering habe vierzehn Jahre lang für den Staat und gegen den Kommunismus gekämpft. Es bestehe die große Sorge, daß die Reichsregierung immer weiter getrieben werde. — Die rheinische Zentrumsparlei sandte an den Reichspräsidenten ein Protesttelegramm.

Staatspräsident Holz.

In einer Zentrumsversammlung in Ellwangen sprach sich der württembergische Staatspräsident scharf gegen alle Diktaturgefühle aus. Das Volk sei zum Widerstand berechtigt, wenn eine Revolution von oben komme.

Welt-Echo Frankreich

Die französische Presse widmet den Ereignissen in Preußen ihre besondere Aufmerksamkeit und bespricht sie zum Teil in Verbindung mit der Umbildung des italienischen Kabinetts.

So fragt „Deuxième“, ob die Reichsregierung versuchen werde, auch außenpolitisch ein anderes Gesicht anzunehmen, und zwar gemeinsam mit Mussolini, der gleichzeitig seinerseits entsprechende innerpolitische Maßnahmen ergriffen hätte.

„Quotidien“ spricht von zwei „Hautschlagen“, denen man nicht höheren Wert beilegen dürfe, als sie tatsächlich hätten. Die Ereignisse in Deutschland müsse man mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, ohne allerdings das kalte Blut und die Ruhe zu verlieren.

Eine Anzahl Blätter beschränkt sich darauf, die Legalität der Maßnahmen der Reichsregierung anzuzweifeln und Frankreich angeht die Evolution in Deutschland zur Wachsamkeit zu mahnen.

England

Das Londoner Urteil ist ruhig und sachlich.

Die „Morningpost“ hebt hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich in erster Linie gegen die kommunistische Gefahr richten. Die Ereignisse beleuchteten den Mangel an Autorität im heutigen Deutschland. Die Diktatur liege in der Luft. Hitler müßte bald beweisen, wie groß seine politischen Fähigkeiten seien.

„Daily Telegraph“ sagt, daß die Vorgänge nicht gegen die Verfassung verstießen. Das Reichskabinetts habe fester im Sattel, aber man wisse noch nicht recht, wohin es reite.

„Daily Express“ bewundert den Mut Hindenburgs, der mit eiserner Hand eingegriffen habe. Falls er Erfolg habe,

würde es ein Triumph für ihn ohnegleichen in der Geschichte sein. Der Erfolg hänge jedoch von Papen ab.

„Daily Herald“ beklagt sich, daß das Vorgehen der Reichsregierung die Verhinderung der Demokratie bedeute. Wenn die demokratischen Kräfte Deutschlands einig wären, dann würden die nationalen Kräfte diese Forderung nicht durchsetzen können.

Amerika

Die amerikanischen Blätter bringen die Maßnahmen gegen Preußen in großer Aufmachung. „New York Times“ will in ihnen die Wiederbehauptung des alten deutschen Instinktes für öffentliche Ordnung erblicken können. Dieser Beweis der Energie der Regierung sollte, so meint das Blatt, bei den kommenden Reichstagswahlen die Stimmen für Hitler herabdrücken. Hitler dürfe sich beklagen, daß der Rangler ihm seinen „Donner“ genommen habe.

Hitler in Hannover

Adolf Hitler führte auf dem Ausstellungsgelände der Staatshalle u. a. aus, am 31. Juli gehe es nicht um die Regierungsneubildung oder gar um neue Koalitionsmöglichkeiten, sondern um den Kampf zweier Welten, die um den endgültigen Sieg ringen. An der Berufung des Kabinetts Papen habe er keinen Anteil. Es sei das Ziel der NSDAP, die mehr als 30 Parteien zu beseitigen. Nur bei Zusammenfassung der ganzen Nation zu einer politischen Einheit und bei einer Zusammenarbeit aller Stände könne eine neue Volksgemeinschaft gebildet werden. Die NSDAP habe Jahre hindurch den Kampf gegen die Verleumdung geführt, sie werde auch jetzt des Terrors Herr werden. Ganz gleich, wie der 31. Juli auslaufe, werde der Kampf der Bewegung weitergehen.

Generalkreilaufverbot

Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und Provinz Brandenburg gibt folgende Verordnung bekannt:

1) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 verbiete ich jegliche Art der Aufforderung zum Generalkreilauf durch Wort oder Schrift einschließlich der Herstellung und Verbreitung von Druckschriften, die derartige Aufforderungen enthalten.

2) Zuwiderhandlungen werden gemäß § 3 der obigen Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.

3) Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Deutschlands Wirtschaftspolitik

Ein Interview des Reichszanklers.

Berlin, 22. Juli.

Reichszankler von Papen hat dem Berliner Vertreter des „Popolo d'Italia“ ein Interview gewährt und dabei u. a. folgende Ausführungen gemacht:

Ihre Frage, welches meine Meinung über die italienische Haltung in Lausanne und Genf ist, beantworte ich dahin, daß ich mit aufrichtiger Genugtuung den Wert anerkenne, der in der Stellungnahme Italiens bei den Besprechungen für Deutschland lag. Das energische Eintreten Italiens für eine friedliche Revision des Versailler Vertrages hat in der ganzen Welt berechtigten Eindruck gemacht.

Zu den dringenden wirtschaftlichen Problemen, die im Anschluß an die Lausanner Konferenz nun gelöst werden müssen, gehören die Donaufrage und die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern. Für die Lösung beider Fragenkomplexe hat die Lausanner Konferenz den organisatorischen Unterbau geschaffen.

Die Deutsche Regierung hält eine dauernde Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum nur dann für möglich, wenn die großen Industriestaaten, wie Italien und Deutschland, in einen, den tatsächlichen Bedürfnissen der betreffenden Länder gerecht werdenden Sanierungsprozeß einbezogen werden.

Welche Haltung Deutschland auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz einnehmen wird? Nun, da kann es angehts des Millionenheeres von Arbeitslosen wohl nur die Antwort geben, daß die deutsche Regierung tatkräftig mitwirken wird, den internationalen Waren- und Kapitalverkehr von den heutigen Strangulierungsmaßnahmen zu befreien. Deutschland wird sein möglichstes dazu beitragen, um unter selbstverständlicher Wahrung eigener Interessen wieder normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Völkern herzustellen.

Sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, wird die deutsche Regierung mit dem Abbau der durch die internationale Wirtschaftskrise erzwungenen Schutzmaßnahmen, z. B. auf dem Gebiete der Devisenbeschränkungen, nicht zögern.

Das Ergebnis des in Lausanne begonnenen Wertes der Wiederherstellung einer politischen und wirtschaftlichen Vertrauensatmosphäre in Europa wird sich erst übersehen lassen, wenn auch die von mir hier aufgeführten Fragen gelöst sind. Dabei wird man sich darüber klar sein müssen, daß nur ganz großzügige, von kleinstem Selbstinteresse freie Lösungen das Ergebnis herbeiführen können, nach dem sich alle Welt sehnt: eine neue Wohlstandsperiode für alle Länder.

Lausanne hat leider den möglichen psychologischen Erfolg nicht haben können, weil die Erkenntnis für die Forderungen der Zeit noch nicht bei allen Beteiligten ausreichend stark war. Man muß hoffen, daß die Einsicht in den Momenten, die uns noch von der Weltwirtschaftskonferenz trennen, reift, damit die noch großen zwischen den Völkern liegenden Schulfhäusern fortgeräumt werden, und die Nationen im Geiste wahren Friedens an den Wiederaufbau herangehen können.

Steigende Soziallasten

Weitere Zunahme der Wohlfahrtsverwerbslosen in Preußen.

Berlin, 22. Juli.

Am Juni ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen sowie die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zwar weiter zu-

rückgegangen, die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtsverwerbslosen aber erneut gestiegen. Nach der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamtes vom 30. Juni 1932 sind in Preußen 1 552 131 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverwerbslose gezählt worden gegenüber 1 508 988 Ende Mai. Somit ergibt sich auch im Juni wieder eine Zunahme um 43 143 Wohlfahrtsverwerbslose oder 2,9 Prozent, die annähernd ebenso stark ist wie die in den beiden vorliegenden Monaten erfolgte Erhöhung, während im Juni vorigen Jahres eine Zunahme um 8875 Wohlfahrtsverwerbslose zu verzeichnen war.

Gegen den 30. Juni 1931 ist die Wohlfahrtsverwerbslosenzahl um 825 402 oder 113,8 Prozent höher. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 40,1 Wohlfahrtsverwerbslose.

Die täglichen Zwischenfälle

Gesellschaft: Wutiger Zusammenstoß.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen der Eisernen Front und Nationalsozialisten kam es vor einer Wirtshaus im Gesseltirchener Stadtteil Buer. In seinem Verlauf gab, wie der Polizeibericht lt. Confidant meldet, ein Nationalsozialist mehrere Schüsse ab. Drei Mitglieder der Eisernen Front wurden verletzt. Einer von ihnen erhielt einen Augenschuß, der zweite einen Augenschuß und der dritte einen Brustschuß. Der Täter erlitt blutige Kopfverletzungen. Er will in Notwehr gehandelt haben.

Homburg: Folgenschwere Schlägerei.

Zwischen nationalsozialistischen Blatanklebern einerseits und Reichsbannerleuten und Kommunisten andererseits entwickelte sich in Homburg (Kr. Mds) eine Schlägerei, an der sich etwa 100 Personen beteiligten. Mit Hilfe auswärtiger Ueberfallkommandos wurde die Ruhe wiederhergestellt. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt. Außerdem gab es auf beiden Seiten eine Reihe Leichtverletzter.

Hundert Flugblattverteiler festgenommen

In den verschiedensten Stadtteilen Mülheims wurden zahlreiche Kommunisten festgenommen, die an Passanten Flugblätter verteilten, in denen zum Massenstreik aufgefordert wird. Die Flugblattverteiler wurden in Sammeltransporten auf Lastkraftwagen in das Polizeipräsidium eingeliefert, während die Flugblätter beschlagnahmt wurden sind. Insgesamt wurden rund hundert Personen festgenommen.

Grandi Botschafter in London

Rom, 22. Juli. Der bisherige italienische Außenminister Grandi ist zum Botschafter in London ernannt worden. Der gegenwärtige italienische Botschafter in Ungarn, Baror Aloisi, wurde zum Kabinettschef Mussolinis im Auswärtigen Amt ernannt.

Wirtschaftspolitische Ziele Englands

Beginn der Reichswirtschaftskonferenz in Ottawa.

Ottawa, 21. Juli.

Die Reichswirtschaftskonferenz 1932, die die Vertreter des britischen Mutterlandes und aller Dominions in westlichem Sinne, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Irischer Freistaat, Neufundland, Indien und Süd-Rhodesien, zu einer der denkwürdigsten Beratungen in der Geschichte des britischen Weltreiches vereinigt, wurde im Unterhaus des kanadischen Parlaments mit großer militärischer und ziviler Prachtentfaltung eröffnet.

Im Lichte von Scheinwerfern verlas Generalgouverneur Lord Bessborough vom Thron des Sprechers die Eröffnungsbotschaft des Königs. Die Führer der Delegationen legten hierauf die Politik der von ihnen vertretenen Reichseinheiten dar, an erster Stelle Baldwin, dessen Rede — naturgemäß die wichtigste — im Namen der britischen Regierung die Ziele der Konferenz erörterte.

Das Vereinigte Königreich sei bereit, an jedem praktischen internationalen Plan zur Wiederherstellung normaler Weltmarktpreise mitzuarbeiten. In diesem Sinne forderte Baldwin die Aufhebung der Handelszölle, der Kontingentierung und Devisenbeschränkung, Lösung der Reparations- und Schuldenfrage sowie die Herabsetzung von Steuern und Zinssätzen.

Beruhigung zwischen Bolivien und Paraguay

Paris, 22. Juli. Nach einer Havasmeldung aus La Paz hat die bolivianische Regierung das Angebot Columbiens, in Chaco-Konflikt mit Paraguay zu vermitteln, abgelehnt. Wie erklärt wird, hat sich bei der bolivianischen Regierung die Ueberzeugung durchgesetzt, daß die Ereignisse eine gütliche Regelung des Konflikts ausgeschlossen erscheinen lassen. Einer weiteren Meldung aus La Paz zufolge ist der bolivianische Außenminister inzwischen nach Washington abgereist.

Bon gestern bis heute

Wirtschaftliche Maßnahmen Italiens gegen Frankreich.

In Erwiderung auf die Restriktionsmaßnahmen, die Frankreich gegenüber den italienischen Einfuhrartikeln zur Anwendung bringt, ist die Einfuhr gewisser Erzeugnisse aus Frankreich und Algerien nach Italien kontingentiert worden, und zwar u. a. Wolle und Wollabfälle, Webereimaschinen, Glas- und Kristallarbeiten, Hülfsmittel, Gerbereiprodukte, Rührschnecken, Papier, Wappe und lebende Pflanzen, außerdem Weizenstoppeln, gefärbter Baumwollstoff, Frauenhutschmuck, Kurzwaren jeder Art und Kunstblumen.

Die Offshiverordnung für Bayern.

Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Ausdehnung der Offshivermaßnahmen auf die östlichen Gebiete Bayerns veröffentlicht, die mit dem Tage ihrer Verkündung, dem 18. Juli, in Kraft getreten ist. Im § 1 der Verordnung werden die Bezirke in Niederbayern, in der Oberpfalz und in Oberfranken angeführt, bei denen die in der Offshiverordnung des Reichspräsidenten vom 6. November 1931 bezeichneten Maßnahmen durchgeführt werden.

Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Auch Adg. Joss hat sich jetzt namens der Zentrumsmittglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages für die Einberufung des Ausschusses ausgesprochen. Da nunmehr Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten und somit die Mehrheit der Ausschussmitglieder die Einberufung fordert, muß der Auswärtige Ausschuss zusammentreten. Es ist damit zu rechnen, daß der Vorsitzende, Abg. Dr. Friedl, in den nächsten Tagen seine Entscheidung bekanntgibt. Allerdings wird diese Tagung kaum noch vor der Reichstagswahl stattfinden können.

Fortschritte der brasilianischen Bundesstruppen.

Die brasilianischen Bundesstruppen haben nach erbittertem Gefecht mit den Aufständischen den Marare-Bach eingenommen, der einer der wichtigsten strategischen Punkte an der Grenze zwischen den Staaten Parana und Sao Paulo ist. Später wurden die Aufständischen von den Regierungstruppen in Fozgana eingeschlossen.

Der japanische Vormarsch wird fortgesetzt.

Der Vormarsch der japanischen Truppen in die Provinz Jehol wird fortgesetzt. In der Nähe der Stadt Tschauang ist ein heftiger Kampf entbrannt. Die chinesischen Truppen sehen den Japanern beständigen Widerstand entgegen und versuchen, den Vormarsch zum Stillstand zu bringen. An verschiedenen Stellen kam es zu blutigen Kämpfen, die noch andauern.

Kleiner Weltspiegel

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die kommunistische Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Internationale die belgische kommunistische Partei angewiesen, den Kampf für den Kohlenbergarbeiterstreik fortzusetzen.

Die brasilianischen Bundesstruppen haben den Aufständischen die Stadt Marare entrissen. Dies ist die vierte Stadt, die in den letzten zwei Tagen in ihre Hände gefallen ist.

Bei einem Angriff einer Truppenabteilung aus Paraguay auf das bolivianische Grenzort Santa Cruz wurden zwei Soldaten getötet und ein Unteroffizier verwundet.

Die jugoslawische Regierung hat beschlossen, dem französisch-englischen Vertrauenspunkt beizutreten. Eine entsprechende Erklärung ist der französischen Regierung übermittelt worden.

Die allgemeinen Senatswahlen haben in ganz Rumänien stattgefunden. Die Nationale Bauernpartei hat überall die Mehrheit erlangt.

Wie aus Montevideo berichtet wird, hat die Regierung von Uruguay die Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Beilegung des diplomatischen Zwischenfalls mit Argentinien angenommen.

In Santiago ist ein neues Komplott zur Wiedereinführung des früheren Diktators Ubarez entdeckt und vereitelt worden. Drei Freunde von Ubarez wurden verhaftet.

11. Deutsches Sängerbundfest

Frankfurt a. M., 22. Juli. Mit der Uebergabe des Bundesbanners im historischen Kaisersaal des Römers hat das 11. Deutsche Sängerbundfest seinen Anfang genommen. Im Kaisersaal hatten sich die Spitzen der Deutschen Sängerschaft und der Frankfurter Behörden sowie die Vertreter der auslandsdeutschen Sängerbünde zur Bannerübergabe versammelt.

Hofrat J a f f e, Wien, der Vorsitzende des Sängerbundes der Ostmark, übergab das Banner mit Worten der Genugtuung, daß nach Wien Frankfurt die Stadt des 11. Deutschen Sängerbundfestes geworden sei, die Stadt, in der sich die Geschichte Deutschlands widerspiegelt.

Der Vorsitzende des Festausschusses, Rechtsanwalt Dr. Karl H e r m a n n, übernahm das Bundesbanner mit der Hoffnung, daß das 11. Deutsche Sängerbundfest in Frankfurt a. M. eine besondere Bedeutung in der Geschichte des Deutschen Sängerbundes und des deutschen Volkes erhalten möge.

Darauf übernahm es Oberbürgermeister Dr. Sandmann in die Obhut der Stadt Frankfurt a. M. Er feierte die Bedeutung Goethes. In diesen Tagen der Not, der Zerrissenheit und der politischen Weidenschaft gebe dieses Fest, das nicht dem politischen Kampfe sondern einem höheren Ziele gelte, die Gewißheit, daß das deutsche Volk trotz allem unzerföhrbar sei.

Zum Schluß verkündete der Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Geheimrat Dr. H a m m e r s c h m i d t - W i n k e n, die Eröffnung des Sängerbundfestes. Auf dem Römer-Berg, wohin die Reden durch Lautsprecher übertragen wurden, trug dann der Sängervogel Frankfurt das „Deutsche Lied“ von Anton Brudner vor.

Sächsisches.

In der Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft O s c h a p wurde zu den Auswirkungen der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe anerkannt, daß die durch die Verordnung verfügte Senkung der Unterstützungssätze die Beteiligten hart trifft, und festgestellt, daß der Bezirksverband nur dann zur freiwilligen Gewährung von Zusatzunterstützungen in der Lage sein würde, wenn ihm die erforderlichen Mittel von Staat und Reich zur Verfügung gestellt werden. Das Wohlfahrtsministerium soll erlucht werden, darauf hinzuwirken, daß die jetzt zwischen der Stadt O s c h a p und den angrenzenden Orten hinsichtlich der Unterstützungssätze in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung bestehenden Differenzen ausgeglichen und gemindert werden.

Dresden. An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu politischen Reibereien. Vor dem Volkshaus wurden sieben Nationalsozialisten in Uniform von etwa 25 anscheinend Reichsbannerleuten überfallen und durch Faustschläge in den Leib sowie Schlägen ins Gesicht verletzt. Als ein Polizeibeamter hinzukam, stichteten die Täter und konnten nicht festgesetzt werden. Auch in der Pirnaer Landstraße wurden acht Nationalsozialisten von etwa 60 politischen Gegnern angegriffen, ohne daß es zu ernstlichen Ausschreitungen kam, da das Ueberfallkommando sofort zur Stelle war. — Weiter überfielen neun Angehörige der Eisernen Front den Nationalsozialisten Alexander Braun, der

mit einem festen Gegenstand ins Auge und Gesicht geschlagen wurde. Braun mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben, um das verletzte Auge zu retten. — Ein von einer sozialdemokratischen Kundgebung im Ausstellungspalast allein nach Hause gehender Reichsbannermann wurde am Terrassenufer von mehreren politischen Gegnern, angeblich Nationalsozialisten, angehalten, mißhandelt und in die Elbe gemorfen. Er konnte sich an einem Rahn festhalten und schließlich ans Ufer retten.

Neustadt (Sachsen). Auf der Staatsstraße nach Sebnitz stieß ein Motorrad so heftig mit einem Kraftwagen zusammen, daß es in den Straßengraben geschleudert wurde. Der Fahrer Friedler und Landwirt Siebenelcher brachen die Beine; eine Frau wurde am Rücken schwer verletzt. Alle drei mußten dem Sebnitzer Krankenhaus zugeführt werden.

Pulsnitz. Krankenhaus in Rot. Der Stadtrat hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, die Stadt sei infolge ihrer finanziellen Kollage nicht mehr imstande, die Zuschüsse für die Aufrechterhaltung des Pulsnitzer Krankenhauses aufzubringen. Das Krankenhaus müsse daher geschlossen werden, wenn es nicht gelinge, durch freiwillige Spenden die Mittel für die Fortführung in Höhe von 11 000 RM aufzubringen. In dem Aufruf werden die Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung zur Nothilfe aufgefordert.

Oschatz. Der Geschirrführer Karl Hunger, der in der Landwirtschaftlichen Maschinenzentrale mit dem Herausheben von Drechselmaschinen durch sein Gespann beschäftigt war, wurde von einer aus der Maschine herausragenden Treibriemenscheibe gegen einen Posten gedrückt und war sofort tot.

Grinma. Auf der Fahrt nach Kriebitz stieß ein mit sechs Personen besetzter Kraftwagen so heftig gegen einen Telegraphenmast, daß sämtliche Insassen auf die Straße geschleudert und mehr oder minder schwer verletzt wurden. Auch ein vorübergehender Mann wurde von dem sich überschlagenden Wagen erfasst und trug schwere Verletzungen davon.

Leipzig. Der 17 Jahre alte Buchhandlungsgehilfe Adolf Kralapp aus Leipzig, der mit einem Freund eine Radfahrt durch Bayern unternommen hatte, fand dabei, wie aus Regensburg gemeldet wird, ein tragisches Ende. In der Nähe von Schweyningen wurde der junge Mann von einem die Radler überholenden Lastauto erfasst und überfahren. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Tod kurz nach dem Unfall eintrat. Der Vater des tödlich Verunglückten ist bereits nach Schweyningen unterwegs, um die Asche seines Sohnes nach der wahrscheinlich in Heidelberg stattfindenden Einäscherung heimzuführen.

Plauen. Vier Personen pilzvergiftet. Eine in der Viehgrube wohnende dreiköpfige Familie wurde nach dem Genuß von Pilzen von einem Unwohlsein befallen und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Familienvater hatte am Vormittag die Pilze selbst gesammelt und dabei auch einen Porzellanbecher, der mitgelocht und verzehrt worden war und die Erkrankung hervorgerufen hatte. Ein in der Fichtestraße wohnender älterer Mann mußte gleichfalls ins Krankenhaus gebracht werden, der auch selbst gesammelte Pilze gegessen und sich dabei eine Erkrankung zugezogen hatte. Die im Krankenhaus angewandten Gegenmaßnahmen erwiesen sich als erfolgreich und alle vier Personen konnten wieder entlassen werden.

Plauen. In Unterheinsdorf wurde der zehnjährige Schüler Erich Lange von einem Motorradfahrer überfahren. Der Knabe erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er kurz darauf starb.

50 000 RM unterschlagen

Dresden. Wie verlautet, ist der kaufmännische Vertreter Emil N s o l aus Dresden seit einigen Tagen aus Dresden abgängig, nachdem er Unterschlagungen in Höhe von etwa 50 000 RM begangen hat.

Vom sächsischen Oberverwaltungsgericht

In einer Entscheidung, die eine Anzahl grundsätzlicher Ausführungen über Beamtenrechtsfragen enthält, stellte das Oberverwaltungsgericht in Abweichung von der Rechtsprechung des Reichsgerichts für das sächsische Beamtenrecht den Grundsatz auf, daß die dauernde Uebertragung eines Amtes mit einem ganz oder hauptsächlich durch obrigkeitliche Aufgaben gebildeten Geschäftskreis zu berufsmäßiger Verwaltung die Begründung eines öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnisses voraussetze und dieses jedenfalls — ohne Rücksicht auf den Willen der übertragenden Behörde — an sich schon begründe. Diese Ansicht unterscheidet sich von der des Reichsgerichts wesentlich dadurch, daß sie nicht wie das Reichsgericht jeder Uebertragung von hoheitlichen Funktionen die automatische Folge der Begründung eines Beamtenverhältnisses gibt, sondern nur dann ein Beamtenverhältnis als entstanden ansieht, wenn die obrigkeitlichen Aufgaben den übertragenen Geschäftskreis ganz oder hauptsächlich ausfüllen.

Zeitreibung von Anliegerleistungen

Vom Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Von Mitgliedern des Landtages ist darüber Klage geführt worden, daß bei der Zeitreibung von Anliegerleistungen nicht immer schonend verfahren werde, wie es die gegenwärtig bedrängte Lage des Hausbesitzes verlange. Die Regierung muß, wie sie vor kurzem auf eine entsprechende Anfrage im Landtag bereits erklärt hat, erwarten, daß die Gemeinden bei der Eintreibung der Anliegerleistungen auf die wirtschaftliche Lage der Grundstückbesitzer die erforderliche Rücksicht nehmen und jedenfalls eine unvermutete Eintreibung unterlassen. Nach Prüfung der Verhältnisse im Einzelfall wird vielfach eine weitere Stundung zugestanden werden müssen.

Anfallverhütung in der Erntezeit

Die eingehende Erntearbeit in der Landwirtschaft bringt erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Unfällen mit sich, die vielfach auf Unachtsamkeit oder verbotswidriges Verhalten zurückzuführen sind. Meist handelt es sich um Unfälle durch Sturz vom Wagen, um Verletzungen durch ungeschützte Sensen, durch Mähmaschinen und durch Stiche mit der Heugabel. Alle in der Landwirtschaft tätigen Personen werden daher gut tun, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Mitarbeiter folgende Gesichtspunkte genau zu beachten: Jedes Auf- und Absteigen vom Fuhrwerk während der Fahrt ist zu vermeiden; das Sitzen oder Stehen auf der Deichsel, dem Gangbaum oder der Waage, der Schere oder dem Karrenbaum während der Fahrt bringt Gefahr; beim Ausladen von Heu, Alee Getreide usw. auf dem Feld sind die Zugtiere stets unter Aufsicht zu halten. Die auf dem Wagen arbeitenden Personen sind vor jedesmaligem Weiterdrücken hieron laut

zu warnen; beim Sitzen und Abnehmen von Heubunden und Garben ist Vorsicht am Plage; vor der Befestigung von Störungen an bespannten Mähmaschinen ist das Getriebe auszurücken; die Zugtiere sind abzuhängen. Beim Abhängen an der Mähmaschine nie vor, sondern stets neben oder hinter den Messerbalken treten! Beim Tragen von Sensen vom und zum Feld ist die Klinge in ihrer ganzen Länge zu verteidigen (Sensenstich).

Praktische Hilfe für die Opfer des Anstieffers

Da der Landtag gegenwärtig nicht versammelt ist, haben die beiden der Volkstionalen Reichsvereinigungen angehörenden Abgeordneten ein Schreiben an Ministerpräsident Schied gerichtet mit der Bitte, zu prüfen, ob es angängig sei, von Staats wegen eine Sammlung von Geldspenden unter der sächsischen Bevölkerung für die vom Unwetter Betroffenen durchzuführen. Der Jungdeutsche Orden sei gern bereit, sich für diesen Zweck einzusetzen, und habe bereits durch seine Freiwilligen einen größeren Betrag gesammelt. Weiter wird gebeten, sofort Mittel für den Wiederaufbau bereitzustellen und dabei möglichst vom Freiwilligen Arbeitsdienst Gebrauch zu machen.

51 Prozent bei der Wendischen Volksbank

Bauhen. In der Gläubigerversammlung der Wendischen Volksbank wurde mitgeteilt, daß ein Fehlbetrag von rund 900 000 RM vorhanden ist. Die Gläubiger würden mit etwa 51,2 Prozent befriedigt werden. Die Ursache des Zusammenbruchs sei hauptsächlich darin zu suchen, daß der Hauptaktionär, ein Prager Bankunternehmen, in Schwierigkeiten gekommen sei.

Die Mietzinssteuer für Messerräume.

Auf eine Anfrage der deutschnationalen Landtagsfraktion wegen Senkung der Messerräume, insbesondere durch Befreiung der Mietzinssteuer, erteilte die Staatsregierung eine schriftliche Antwort, in der es heißt, daß der angeregte Wegfall der Aufwertungssteuer nicht der geeignete Weg sei, um eine für die Messerraummieter stützende Mietzinsverbilligung herbeizuführen. Andererseits aber wäre der Ausfall, der dadurch entstehen würde, so erheblich, daß bei dem an und für sich schon stark zurückgehenden Aufkommen an Aufwertungssteuer deren Wegfall sowohl für die Stadt Leipzig wie für den Staat nicht erträglich wäre. Die Regierung behauere daher, einen allgemeinen Verzicht auf die Aufwertungssteuer für Messerräume nicht in Aussicht stellen zu können.

Hilfsanträge für die Unwettergeschädigten

Auch die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei brachte im Landtag einen Antrag ein, der die Regierung um Bereitstellung von Mitteln zur Behebung der Unwettergeschädigten erucht. Die Flüßregulierungsarbeiten in den heimgesuchten Gebieten sollen sofort, gegebenenfalls durch den freiwilligen Arbeitsdienst, in Angriff genommen werden. — Ebenfalls beantragt die kommunistische Landtagsfraktion die sofortige Bereitstellung von einer Million Reichsmark zugunsten der Geschädigten. Die Wiederherstellungsarbeiten sollen durch Arbeitslose zu Tariflöhnen in Angriff genommen werden.

Das Verfahren gegen Dr. Bührer

Die Nachrichtenstelle der Stadt Dresden teilt mit: Auf Ersuchen der Stadtverordneten, wegen der Unterschlagungen und Angriffe, die Bürgermeister Dr. Bührer gegen die Finanzpolitik der Stadt Dresden erhoben hat, das Disziplinarverfahren zu beantragen, faßte der Rat zustimmende Entschlüsse, da nach den hierüber vorliegenden Presseberichten die Kritik, die Bürgermeister Dr. Bührer gegen die Finanzpolitik der Stadt Dresden geübt hat, nach Form und Maß der Amtspflicht widerspricht und geeignet ist, den Ruf der Verwaltung der Stadt Dresden schwer zu beeinträchtigen, ein Vorgehen, das um so schärfer zu beurteilen ist, als Bürgermeister Dr. Bührer als Vorstand des städtischen Finanzamtes selbst die Verantwortung für einen erheblichen Teil der von ihm kritisierten Maßnahmen übernommen hat. Weiter beschloß der Rat, in das schwebende Disziplinarverfahren jenen Brief einzubeziehen, den Bürgermeister Dr. Bührer an eine ausländische Bank gerichtet hat, und in dem er es unternommen hat, diese Bank zu bewegen, ihren Einfluß bei den damals schwebenden Stillhalterverhandlungen und Reparationsbesprechungen nach der Richtung hin geltend zu machen, daß die „ungerechte und ungewandte“ Regelung des Anleihe-Neubeschusses durch Gleichstellung dieses Neubeschusses mit dem Altbeschuss abgelöst werde, eine Maßnahme, die mit schweren finanziellen Belastungen der Stadt Dresden, der deutschen Gemeinden und des Deutschen Reiches hätte verbunden sein müssen, und die die schwebenden Stillhalte- und Reparationsbesprechungen zu Lasten Deutschlands erheblich kompliziert hätte.

Der Antrag der Stadtverordneten, Bürgermeister Dr. Bührer während des gegen ihn schwebenden Dienstverfahrens von der Stellvertretung des Oberbürgermeisters zu entbinden, wurde angenommen.

Auf das weitere Ersuchen der Stadtverordneten, Bürgermeister Dr. Bührer bis zum Ablauf des gegen ihn mit dem Ziel auf Dienstentlassung schwebenden Disziplinarverfahrens vorläufig vom Amte zu entheben, stellte der Rat fest, daß eine rechtliche Möglichkeit zu einer solchen Entbindung nicht besteht. Er beschloß jedoch, beim Gesamtministerium die Verlegung Dr. Bührers in den Ruhestand (Wartestand) zu beantragen. Das schwebende Disziplinarverfahren wird hierdurch nicht berührt.

Kein Koloradoläfer in Sachsen

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Der gefürchtete Koloradoläfer ist dem sächsischen Kartoffelbau erfreulicherweise noch ferngeblieben und alle bisher zur Anzeige gelangten Verdachtsfälle und vorläufigen Warnnachrichten der Presse haben sich als irrig erwiesen.

Der Koloradoläfer und seine Brut wurde meist verwechselt mit denjenigen nützlichen Marienkäfern, die an den Kartoffelstauden den in ihrer Vermehrung durch die feuchtwarme Bitterung stark begünstigten Blattläusen nachstellen, ohne den Pflanzen zu schaden. Gleichwohl müssen auch fernere verdächtige Fraßschäden am Kartoffelstrauch den Gemeindebehörden ungesäumt gemeldet werden, damit festgestellt werden kann, ob es sich nicht doch etwa um eine Einschleppung jenes gefürchteten Schädlings handelt. Unbegündete Warnnachrichten in der Presse aber können unserem Pflanzenbau nur empfindlich schaden und sind daher unter allen Umständen zu vermeiden, solange nicht tatsächlich der Koloradoläfer durch die hierfür im Freistaat Sachsen allein zuständige Staatliche Hauptstelle für Landwirtschaft-

lichen Pflanzenschuh, Dresden-N 16, Stübellee 2 B5 (Auf: 85320) einwandfrei festgestellt ist, mit der man sich deshalb unter Einlieferung von Untersuchungsmaterial in jedem Verdachtsfall ohne Verzug in Verbindung setzen möge.

307 000 Wohlfahrtsarbeitslose in Sachsen

Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtsarbeitslosen ist weiterhin gestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden Ende Juni 1932 in Sachsen 298 783 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsarbeitslose gezählt gegenüber 291 657 am Ende des Vormonats, so daß im Juni eine Zunahme um 7126 oder rund 2 v. H. zu verzeichnen ist. Berücksichtigt man noch die 8664 Unterstützungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtsarbeitslose das Arbeitsamt am Stichtag noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Juni 307 447 Arbeitslose oder rund 51 v. H. aller unterstützten Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fielen, während auf die Arbeitslosenversicherung 120 568 und die Krisenfürsorge 172 694 Hauptunterstützungsempfänger — zusammen 17 338 weniger als Ende Mai — entfielen.

Volkswirtschaft

Berliner Effektenbörse.

Die Berliner Effektenbörse eröffnete am Donnerstag in wenig veränderter Haltung. Im Verlauf konnte eine Befestigungswelle rasche Fortschritte machen, so daß für führende Werte Gewinne von zwei bis drei Prozent zu verzeichnen waren. Auch das Publikum schritt zu Meinungskäufen. Am Elektromarkt stiegen Siemens um 2, Berliner Kraft und Licht um 3/4 auf 89,4, AEG um 1 und Gesüßel um 2 Prozent. J.B. Farben stiegen um 3/4 Prozent auf 88 an. Von Kalkalien lagen Salzberufurth zunächst etwas schwächer, doch erhöhte sich später der Kurs um 2 Prozent auf 155. Reichsbankanteile hatten einen Gewinn von etwa 2 Prozent zu verzeichnen. Schiffahrtswerte lagen sehr ruhig.

Der Geldmarkt war wenig verändert; Tagesgeld 5,25 Prozent und darüber.

Am Privatdiskontmarkt blieben die Notierungen unverändert 4,5 Prozent.

Der Devisenmarkt war kaum verändert. Etwas fester lag das englische Pfund, gegen Kabel 3,56,75.

Devisenkurse. Dollar: 4,209 (Gold), 4,217 (Brief), engl. Pfund 15,04, holl. Gulden 169,68 170,02, Belg. (Belgien) 38,29 55,41, ital. Lira 21,46 21,50, dän. Krone 80,82 80,98, norm. Krone 74,63 74,77, franz. Franken 16,455, 16,525, holländ. Krone 12,465 12,485, schweiz. Franken 81,89 82,05, span. Peseta 33,57 33,63, schwed. Krone 76,92 77,08, österr. Schilling 51,95 52,05.

Berliner Produktenbörse.

An der Berliner Produktenbörse vom Donnerstag war das Angebot in Weizen alter Ernte sehr klein. Da sich jedoch Nachfrage zeigte, konnten die Preise um 4 Mark heraufgesetzt werden. Am Markt der Zeitgeschäfte erhöhten sich die Preise für Zulieferung um 3 Mark. Am Promptmarkt konnten alter und neuer Roggen Aufgelde erzielt. Am Markt der Zeitgeschäfte wurde Zulieferung um 1 Mark höher notiert, während die späteren Sorten etwas zurückgingen. Hafer stetig. Weizenmarkt unverändert.

Berliner Vorkaufspreise vom 21. Juli. Amliche Notierung ab Erzeugerstation, Frucht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 106, 2. Qualität 96, abfallende Sorten 89 Reichsmark je 50 Kilogramm. Tendenz stetig.

Die Söhne der Julia Lindholm.

Roman von E. Schneider-Joerßl.
[41. Fortsetzung]

Christophs Blut hämmerte. Seine Hände suchten nervös an irgend etwas Halt zu finden.

Die Aktiva dürften kaum eine Summe von sechshunderttausend Mark erreichen, Mister Govard.

„Wie?“
„Sechshunderttausend Mark!“ wiederholte Christoph, fühlte, wie seine Zunge zu trocken begann und sich graue Schleier um seine Augen legten.

„Sie müssen das mehr spezifizieren, Herr Lindholm, kam es frohlich.“

„Das Kontorhaus hunderttausend Mark,“ ergänzte Christoph. „Es ist alt und bedarf notwendig größerer Reparaturen. Unsere Wohnung in der Stadt ist, weil ohne Garten, auf fünfshunderttausend Mark geschätzt. Das ist alles.“

An diesen Augen muß man herbrechen — man muß an ihnen sterben, man wird von ihnen um den letzten Rest flackernden Vermögens gebracht, erwog Christoph und suchte seinem Bild eine andere Richtung zu geben. Aber immer lehrte er wieder zu Govard zurück.

„Gott haben Sie mir nichts mehr zu sagen, Herr Lindholm?“

Die Stimme des Delmagnaten riß ihn von neuem auf. „Das Vermögen meiner Frau,“ würgte er heraus, „ist mir verloren, weil sie sowie auch das Kind tot ist. Es fällt laut Chevertag an meine Schwiegermutter zurück.“

Ein gleichgültiges Nicken. „Der Gesamterlös für Blankese verbleibt also Ihrer Mutter, nicht wahr?“

Wie hart und knapp das klang. Christoph froh dabei bis in das Mark der Knochen. — Nun mußte auch das noch gesagt werden: Aufweisse entriß er sich das Geständnis — daß er, um die Firma zu retten, den Besitz der Schwiegermutter verkauft und das Geld für sich verwendet hatte. Daß diese dann einen Prozeß gegen ihn anstregte, die Schande, die seinem Namen drohte, und daß die Mutter durch den Verkauf von Blankese eben diesen Prozeß niederzuschlagen und die Verbindlichkeiten gegen die Konsulin Wöbus damit einlöste.

„Das war leichtsinnig von Ihnen, mein Freund.“ Es war das erste Mal, daß Govards Stimme Wärme und Teilnahme verriet. „Ich habe selbstverständlich keinerlei Berechtigung, Ihnen irgendwelche Vorwürfe deshalb zu machen. Aber für Ihre Mutter ergibt sich daraus unzweifelhaft eine wenig erquickliche Lage. — Wer sorgt für sie?“

„Ich, Mister Govard!“

„Haben Sie nicht noch einen Bruder?“ Nun war die Stimme des Generaldirektors wieder knapp und ohne merkliches Interesse.

„Er hat mit der Firma nichts zu tun,“ gab Lindholm Auskunft. „Er trägt auch keinerlei Verantwortung an unserem Niedergang. Er hat sich dem Erfinderberuf zugewandt.“

Notierungen vom 21. Juli 1932.

Für 1000 kg:		Kl. Speiseerbsen	21,00—24,00
Weizen, märt.	245—247	Rüben	15—19
Roggen, märt.	—	Belüschten	16—18
Fruggerste	—	Widerbohnen	15—17
Fruttergerste	161—172	Wicken	17—19
Hafer, märt.	161—166	Lupinen, blau	10,50—11,50
Für 100 kg:		Lupinen, gelb	15,00—16,50
Weizenmehl	29,25—33,75	Serabella	—
Erbsenmehl	11,20—11,30	Trockenschneepel	9,40—9,60
Erbsenmehl	11,40—11,50	Sojabohnenschrot	—
Roggenmehl	24,75—26,50	ab Hamburg	10,20—10,30
Weizenkleie	11,60—11,90	ab Stettin	11,00—11,10
Roggenkleie	10,25—10,60	Kartoffelstroh	—
Wittoriaerbsen	17,00—23,00	Kartoffelstroh, freie	—

23. Juli.

Sonnenaufgang 4.11 Sonnenuntergang 20.01
Mondaufgang 22.03 Monduntergang 10.37

1532: Religionsfriede zu Nürnberg. — 1562: Ritter Götz von Berlichingen in Hornberg gestorben (geb. 1480). — 1612: Der Grammatiker und Dichter Justus Georg Schottelius in Einde geboren (gest. 1676). — 1824: Der Philosophiehistoriker Bruno Fischer in Sandwalde geboren (gest. 1907). 1849: Einnahme von Kaschau durch die Preußen; Ende des pfälzisch-badischen Aufstandes. — 1914: Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien.

Namensstag: Prof. und Kath. Apollinaris.

24. Juli.

Sonnenaufgang 4.12 Sonnenuntergang 20.00
Mondaufgang 22.13 Monduntergang 11.49

1783: Simon Bolivar, der Befreier Südamerikas, in Caracas geboren (gest. 1830). — 1864: Der Dichter Frank Wedekind in Hannover geboren (gest. 1918). — 1908: Der Maler Walter Leistikow in Berlin gestorben (geb. 1865). — 1920: Der Schriftsteller Ludwig Ganghofer in Tegernsee gestorben (geb. 1855).

Turnen und Sport

V.f.R. 1919 Dippoldiswalde 2. — Tharandt 1 6:3 (2:1). Die Rasenspieler waren in Form und konnten sechs Tore für sich buchen, trotzdem die Tharandter bis zum Schlußpfiff unermüdlich um den Sieg kämpften.

Nurms Start in Los Angeles scheint nichts mehr im Wege zu stehen, nachdem die Amerikaner erklärt haben, sie würden für den Finnen eintreten.

Die erste Radmeisterschafts-Rewanche verunglückte insofern, als Meister Müller bei den Frankfurter Radrennen schon nach den ersten Runden aufgeben mußte. Sawall siegte sicher über Kremer, Schindler, Wegner und Schäfer.

Im Großen Preis von Baden siegte der Italiener Bettini auf Nereide. Zweiter wurde der Schweizer Deatwile auf Turgo vor Freiherr von Bangen auf Lady Bride und Frau Hoffelbalch-Dänemark auf Valabine.

Der englische Dauerfahrer Grant fuhr in Paris hinter einer 60-Zentimeter-Rolle mit 83,968 Kilometer einen neuen Stundenweltrekord. Rekordhalter war seit 1931 der Italiener Ranera mit 78,183 Kilometer.

Die Olympischen Spiele werden wegen des durch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen stark beschäftigten Herbert Hoover von seinem Vertreter, dem Vizepräsidenten Charles Curtis, eröffnet. Der finanzielle Erfolg der Spiele ist bereits gesichert, denn im Vorverkauf wurden bisher 854 000 Karten umsetzt. Eine

Bastian ist wenigstens reingewaschen, dachte Christoph und fühlte sich etwas freier atmen.

„Also zwei Brüder,“ sagte Govard und erhob sich. „Drei!“ kam es schleppend. — „Der jüngste ist tot.“ Die Worte fielen so wuchtig schwer in den Raum, daß der Generaldirektor unwillkürlich den Schritt verhielt.

Christoph wollte sich erheben und vermodete die Füße nicht aufzuweichen.

„Eine Bitte noch — wenn Sie eine solche gestatten wollen, Mister Govard.“

„Sprechen Sie.“

„Ich habe einen alten Kammerdiener — — er tut schon meinem Vater Dienste getan — wenn Sie für diesen eine Stellung im Hause haben würden! — Es müßte aber eine leichte sein, er ist schon über achtzig und hat zuweilen mit Schwindel anfälligen zu tun. Aber sonst ist er von einer Treue, die ihn für jeden Vertrauensposten verwendbar macht. — Sie würden es nicht bereuen, Mister Govard.“

„Gut! — Behalten Sie ihn weiterhin als Ihren Kammerdiener. — Auf meine Rechnung natürlich. Ich sehe nämlich voraus, daß Sie nichts dagegen haben, wenn ich Sie als Geschäftsführer der Firma auch für die Zukunft auf Ihrem Posten belasse — unter meiner Oberaufsicht natürlich.“

Mister Govard — —

Eine abwehrende Handbewegung. „Mason kann ich drüben nicht entbehren,“ fuhr der Delmagnat zu sprechen weiter. „Ich selbst reise in vierzehn Tagen mit dem „Ballin“ wieder von hier weg. Mein Sohn hat keine Neigung für Geschäfte, Künstler haben kein Verständnis dafür. Daß Sie mein Vertrauen in Ihre Richtigkeit und Ihren guten Willen nicht aufgeben machen werden — bin ich überzeugt. — Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Mutter. Ich werde mir erlauben, ehe ich mich wieder einschiffe, ihr meine Aufwartung zu machen.“

Christoph mußte sein Taschentuch herausnehmen und sich die Perlen von der Stirne trocken.

„Meine Mutter paßt bereits.“

„Sie will verreisen?“ kam es erstaunt.

„Nein! Sie will nur Blankese für Sie freimachen, Mister Govard.“

„Ganz überflüssig.“ Es war das erste Mal, daß Lindholm ein Lächeln im Gesicht des Generaldirektors aufblitzen sah. „Es ist mir sogar sehr angenehm, wenn Ihre Frau Mutter wohnen bleibt; ich kom e vorausichtlich alle Jahr nur einmal herüber. Da genügt mir dann ein Zimmer oder zwei, die anderen stehen alle a schließlich zur Verfügung! Vergessen Sie nicht, ihr das zu sagen.“

Mister Govard! — —

Christoph fand kein Wort, auch nicht eines, hörte den Generaldirektor nur sagen, daß er nachmittags das Kontorhaus und die Wohnung der Stadt besichtigen werde und ihn einlade, mit ihm das Abendbrot zu nehmen. Er suchte vergeblich, seiner Gefühle Herr zu werden und konnte nicht, schämte sich vor diesen nun wieder ganz kühl und gleichgültig blickenden Augen und spürte, wie ihm haltlos und uneindämmbar Tränen um Tränen über die Wangen rollte, so sehr er auch die Lippen aufeinanderbiß.

„Auf Wiedersehen, mein Freund!“

Zeit, wie sie bei seiner früheren derartigen Veranstellung erreicht wurde.

Bei der Tour de France wurde die Maximalzeit pro Etappe von 10 auf 15 Prozent der Fahrzeit des Siegers heraufgesetzt, so daß die bei der 10. Etappe eigentlich ausgeschiedenen Alenburger, Beltri, Erno, Bug und Bouillet weiterhin im Rennen blieben. Damit sind noch 64 Fahrer im Wettbewerb.

Rundfunk

Sonabend, 23. Juli.
Leipzig-Dresden

6.00 Junggymnastik; 6.20 Frühkonzert; 8.30 Volkshaus Rundfunk in der Paulstraße anlässlich des 11. Deutschen Sängerbundesfestes, Uebertragung aus Frankfurt a. M.; 11.00 1. Hauptkonzert anlässlich des 11. Deutschen Sängerbundesfestes in Frankfurt a. M.; 12.00 Lustige Instrumentalfest; 13.15 Unterhaltungskonzert; 14.30 Kinderstunde; Mit Kielensritten durch Mitteldeutschland; 15.15 Bild in Zeitstrahlen; 16.00 Bildstrahlung; 16.00 Rundfunkberatung; 16.30 Nachmittagskonzert; 18.00 Frankfurter Sportfest der Teilnehmer an den Sängerbundesfesten; 18.30 Sportkurse an der Universität Leipzig; 18.30 Arbeitsmarktbericht des Landesamtes für Arbeitssachen; 18.50 Gegenwartslexikon; 19.00 In der Arbeitsgerichtsloge Hegewald gegen Müller & Co.; 19.40 Hans Kogler plaudert; 20.00 Sauter Abend; Uebertragung aus Wien; 22.05 Nachrichtendienst; anschließend Nachtmusik, Uebertragung aus Stuttgart.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.00 Junggymnastik. — 6.20—8.15: Aus Königsberg: Frühkonzert. Kleines Drag-Orchester. — 11.00: Aus der Festhalle Frankfurt a. M.: XI. Deutsches Sängerbundesfest. 1. Hauptkonzert. — 12.00—13.00: Aus Königsberg: Mittagskonzert. Kleines Drag-Orchester. — Als Einlage gegen 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Bekanntes Schlagor von gestern und heut. — 15.20: Jugendstunde: Der Boden Oesterreichs im Wandel der Zeiten. — 15.40: Die Magie des Spiegels. — 16.05: Orchesterkonzert. Notendruckverlag Berlin-Mitte. — Als Einlage gegen 17.00: Vom Start: Schwimmen quer durch Berlin. — 18.10: Die Erziehung der Woche. — 18.35: Mitteilungen des Arbeitsamtes. — 18.40: Für den Giebler und Kleingärtner. — 18.55: „Die Funst-Stunde teilt mit...“ — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Joseph Hagdn: Englischelieder. Philippine Landschaff (Sopran). Ida Harth zur Rieden (Alt). — 19.40: Meine Arbeit am Hörspiel (Hans Kogler). — 20.00: Aus Wien: „Frauen, ihr macht uns das Leben schön“, Funstpotpourri von Dr. Lothar Niedinger. — 21.30: Berlin lacht mit Max Haberer. — 22.10: Zeitanlage ufm. — Anschließend bis 0.30: Langmusik. Kapelle Ludwig Rüh.

Königs wusterhausen.

5.45: Wetterbericht. — 6.00: Junggymnastik. — 6.15: Wiederholung des Wetterberichts. — Anschließend bis 8.00: Frühkonzert. — 10.00: Neueste Nachrichten. Anschließend: Was einem Reporter so alles passieren kann. — 12.00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplattenkonzert. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichts. — 13.35: Neueste Nachrichten. — 14.00: Konzert. — 15.00: Mit 4 PS. und Zeitbahn in die Ferien. — 15.30: Wetter- und Börsenberichte. — 15.45: Frauenstunde: Jelle im Grünen. — 16.00: Wie sieht es über uns in der Atmosphäre aus? — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzerts aus Königsberg. — 17.30: Jahrgangstest-Stoffwechsel-Verbauung — eine zweckdienliche Betrachtung. — 17.50: Skizze für Erholungsreisende. — 18.05: Musikalische Wochenschau. — 18.30: Wer war Münchhausen? — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Hochschulmusik: Wahrscheinlichkeit und Kausalität. — 19.30: Stille Stunde: Robert Schumanns „Waldszenen“. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichts. — 20.00: Aus Köln: Lustiger Abend. — 22.20: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — 22.40: Aus Stuttgart: Nachtkonzert. Gerda Hansl (Sopran), Hubert Budya (Tenor), Solisten und Kammerchor des Südfunks, Philharmonisches Orchester. Stuttgart.

Dann stand er in der matten Helle des Flurs, der das Appartement entlangließ, und hörte aus dem Zimmer, das er soeben verlassen hatte, eine Stimme kommen, in der tausend Erinnerungen leuchteten: „Wie soll ich dir danken! — Laß dich küssen, Vater! Ich habe dir doch immer gesagt, daß er ein guter Mensch ist, nicht wahr?“

Christoph blieb wie angewurzelt stehen, sah Mason aus einer Tür kommen und stammelte etwas, was dieser nicht verstand.

Mister Govard ist in Begleitung seines Sohnes herübergekommen,“ sprach der Amerikaner, als Lindholm wieder nach der Stimme horchte, die jetzt aus neue herauklang. „Nebstheraus möchte ich noch gern ein paar Worte unter vier Augen mit Ihnen sprechen, Herr Lindholm.“ — totausgesetzt, daß Sie einige Minuten Zeit haben.“

„Ich stehe zu Ihrer Verfügung, Mister.“

Eine weiße Tür klappte hinter ihnen zu, Mason wartete, bis sich Lindholm gezeigt hatte.

„Die Sache ist etwas diffizil, Herr Lindholm,“ begann er zögernd. „Es ist vielleicht nur eine vage Vermutung meinerseits, die keinerlei Anspruch auf Wahrheit in sich schließt, aber es läßt mir trotzdem keine Ruhe, bis ich mit Ihnen darüber gesprochen habe. Unter den Angestellten meines Chefs befindet sich in einer der Gärtnereien auch ein Mann Ihres Namens — so etwas wie eine gezeichnete Existenz. Und dieser Mann behauptete mir gegenüber einmal, er wäre aus Hamburg, hätte dort eine Frau und drei Söhne und wäre schon vor zwanzig Jahren gelegentlich eines Schiffsunfalls als tot erklärt worden.“

Mister — „Toblichen Geschäfts war Christoph aufgesprungen und fühlte die Finger auf die Rante des Tisches. „Sprechen Sie weiter — bitte!“

„Er ist natürlich vollkommen mittellos. Von einem Herüberkommen nach Europa ist selbstverständlich keine Rede. Er will es auch gar nicht, sagt, die Familie müßte sich doch nur mit ihm schämen, denn seine Söhne wären jedenfalls in angesehenen Stellungen und seine Frau gese in erster Gesellschaft aus und ein. Da zieht er es denn vor, einfach verschollen für die Seinen zu bleiben. Ich kann ihm nur recht geben. Jeder, auch der Bestkommene, hat schließlich noch einen Rest von früherem Stolz in sich.“

Mister — warum sprechen Sie mir erst heute davon.“

„Wie gesagt — ich überlegte hin und her, ob ich Ihnen damit einen Gefallen erweise. Sehr wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn ich geschwiegen hätte. Sollte es sich in der Tat um Ihren Vater handeln, so ist die Sache wenig erfreulich für Sie.“

Christophs hochgerötetes Gesicht stand dicht vor dem Masons: „Das kann unmöglich Ihr Ernst sein, Mister! Das — das — kann nur ein Mann sagen, der selbst keine Kinder besitzt und darum auch nicht begreifen wird, daß ein Sohn im Notfall selbst beteln geht für den Menschen, dem er das Leben verbannt.“

„Sie erregen sich unnötig, Herr Lindholm,“ suchte Mason zu befähigen.

(Fortsetzung folgt.)